

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Dezember 2018

E+Z

D+C

AFRIKA

Bundesregierung setzt sich
für privatwirtschaftliche
Investitionen ein

PAKISTAN

Nur noch
3000 Menschen
sprechen Kalash

WTO

Entwicklungsländer
sollten zusammen
Einfluss nehmen

Drogenpolitik



Monitor

Begrenzung der Erderwärmung | Krieg in Syrien | Wie Finanzanalysten arbeiten |
Afrikas Schuldenkrise | Heutzutage: Online-Stalking in Uganda | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zur Bedeutung des neuen brasilianischen Präsidenten für die Umwelt
und Deutschlands Entwicklungsinvestitionsfonds für die Zusammenarbeit mit Afrika **11**

Tribüne

MAHWISH GUL
Eine alte Sprache am Hindukusch ist vom Aussterben bedroht **13**

FABIAN BOHNENBERGER UND CLARA WEINHARDT
Grundlegende WTO-Reform nicht in Sicht **15**

Schwerpunkt: Drogenpolitik

VIRGINIA MERCADO
Mexikos Sicherheits- und Drogenpolitik **18**

SEBASTIÁN ARTIGAS
Uruguays Erfahrungen mit der Marihuana-Legalisierung **20**

INTERVIEW MIT JULIAN QUINTERO
In Kolumbien durchdringen Drogen alle sozialen Schichten **22**

INTERVIEW MIT STEVE ROLLES
„Prohibition macht organisiertes Verbrechen reich“ **24**

JANET KURSAWE
Produktion und Handel illegaler Drogen als Wirtschaftsfaktor in Afghanistan **27**

MITRA SHAHRANI
Eskalation der Rauschgift-Krise im Iran **29**

RIDWANUL HOQUE UND SHAROWAT SHAMIN
Bangladesch setzt Verbote vor allem gegen Arme durch **30**

EMMALYN LIWAG KOTTE
Kirchen wenden sich gegen Anti-Drogen-Krieg in den Philippinen **32**

EDITH KOESOEMAWIRIA
Indonesien bestraft Drogendelikte scharf, Konsum sinkt aber nicht **33**

ASSANE DIAGNE
Westafrika ist das Epizentrum des illegalen Pharmamarktes **35**

JEFFREY MOYO
Alkohol- und Drogenmissbrauch breiten sich in Simbabwe aus **36**

HANS DEMBOWSKI
Fachliteratur über Ökonomie und Historie des Drogenhandels **38**

SCHWERPUNKT

Drogenpolitik

Lateinamerikanische Perspektiven

In den vergangenen 12 Jahren hat der Krieg gegen die Drogen in Mexiko um die 240 000 Menschenleben gekostet. Der neue Präsident Andrés Manuel López Obrador verspricht einen Politikwechsel, wie Virginia Mercado von der Universidad Autónoma del Estado de México berichtet. Derweil hat Uruguay mit der Legalisierung von Cannabis gute Erfahrungen gemacht, was Sebastián Artigas von der Universidad de la República in Montevideo ausführt. Kolumbianische Aktivisten fürchten indessen, in ihrem Land werde die Drogenpolitik wieder verschärft. Julian Quintero erläutert im Interview die Lage aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. **SEITEN 18, 20, 22**

Forderung nach Politikwechsel

Aus Sicht der Transform Drugs Policy Foundation aus Bristol ist der Krieg gegen die Drogen gescheitert. Ihr Mitarbeiter Steve Rolles erklärt im Interview die Alternative: Regulierung. **SEITE 24**

Prohibition in Asien

Trotz NATO-Unterstützung nach der Befreiung vom Taliban-Regime prägt die Opiumwirtschaft Afghanistan. Janet Kursawe von der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum analysiert die aktuelle Lage. Irans fundamentalistisch-schiitisches Regime bekämpft Drogen- wie Alkoholkonsum mit harter Repression einschließlich Todesurteilen. Angesichts des geringen Erfolges lockert es seine Politik aber graduell, wie die Studentin Mitra Shahrani aus Malmö erläutert. Im Kontrast dazu zieht die Regierung von Bangladesch derzeit die Schrauben im Kampf gegen Alkohol und Drogen an. Ridwanul Hoque und Sharawat Shamin von der Universität Dhaka zufolge haben vor allem die Armen unter dieser Politik zu leiden. Unterdessen kritisieren die Kirchen die blutige Kampagne, die der philippinische Präsident Rodrigo Duterte gegen Rauschmittel gestartet hat, worüber die Journalistin Emmalyn Liwag Kotte berichtet. Ihre Kollegin Edith Koesoemawiria bilanziert die indonesische Verbotspolitik. **SEITEN 27, 29, 30, 32, 33**

Afrikanische Nöte

Die Pharmaregulierung funktioniert in vielen Ländern südlich der Sahara nicht. Eine Folge ist die irreguläre Nutzung des eigentlich verschreibungspflichtigen Opiats Tramadol, wie der Faktenprüfer Assane Diagne aus Dakar berichtet. Viele Simbabweer fliehen laut Journalist Jeffrey Moyo vor ihren Nöten in den Rausch. **SEITEN 35, 36**

Gute Ideen testen

Menschen haben schon immer Rauschmittel verwendet, aber Vorbehalte gab es auch. Im Islam ist Alkohol tabu, wohingegen europäische Kulturen den Konsum von Cannabis und Opium samt Derivaten (außer als medizinisch nötigen Schmerzmitteln) historisch geächtet haben.

Seit den 1960er Jahren definieren die UN die Drogen, die traditionell in Europa nicht gebräuchlich sind, als illegal. Alkohol und Tabak machen auch süchtig, gelten aber als Gesundheitsprobleme. In verschiedenen muslimisch geprägten Ländern bleibt auch Alkohol verboten. In den frühen 1970er Jahren erklärte US-Präsident Richard Nixon spektakulär einen Krieg gegen die Drogen. Das Beispiel machte weltweit Schule, aber die Ergebnisse sind deprimierend. Produktion und Konsum von Opiaten, Coca-Erzeugnissen, Cannabis und diversen synthetischen Rauschmitteln haben zugenommen. Sie sind längst gesellschaftlicher Alltag. Zugleich schafft Repression immenses Leid, denn mancherorts ist das Wort „Krieg“ keine Metapher: In ihm sind allein in Mexiko in den vergangenen zwölf Jahren etwa 240 000 Menschen gestorben. Trotz Befreiung vom Taliban-Regime durch US-Truppen und anschließender NATO-Stabilisierung ist Afghanistan heute weitgehend ein Narco-Staat.

Auch Alkoholverbote funktionieren nicht. Selbst despotische Regime – etwa in Saudi Arabien oder Iran – können nicht verhindern, dass heimlich getrunken wird. Während der Prohibition in den USA setzte sich in den 1920er Jahren das organisierte Verbrechen fest, das gern auch andere Rauschmittel vertrieb. Um Schäden zu reduzieren, rücken europäische Länder seit einiger Zeit von Repression ab. In Deutschland bekommen Heroinabhängige in Fixerstuben sterile Spritzen. Zudem entschied das Bundesverfassungsgericht schon vor über zwei Jahrzehnten, es sei unverhältnismäßig, den Besitz geringer Mengen von Cannabis für den persönlichen Gebrauch zu bestrafen. Juristisch ist die Situation aber unbefriedigend, denn es erzeugt Ambiguität, wenn etwas verboten ist, ohne dass Übertritte bestraft werden.

Die Repression ist in Entwicklungsländern meist härter. Manche Länder vollstrecken Todesurteile. Dass Sicherheitskräfte bei Fahndungen Menschen erschießen, kommt allerdings häufiger vor. Viele Häftlinge sitzen wegen Drogendelikten im Gefängnis, wo kriminelle Netzwerke Mitglieder rekrutieren. Verbote verhindern aber leider nicht, dass Krankheiten, Kleinkriminalität und Prostitution sich wegen Drogensucht ausbreiten. Viele Menschen fliehen vor Armut und Perspektivlosigkeit in den Rausch. Andere suchen und finden illegale Erwerbsmöglichkeiten. An Entzugs- und Rehabilitationseinrichtungen fehlt es hingegen.

Die unabhängige International Commission on Drugs Policy, die von der ehemaligen Schweizer Bundespräsidentin Ruth Dreifuss geleitet wird, verdient Beachtung. Sie empfiehlt Regulierung statt Verbot. Selbstredend sind für unterschiedliche Drogen unterschiedliche Bestimmungen nötig – je nachdem, wie gefährlich sie sind. Die organisierte Kriminalität wird aber wohl am effektivsten bekämpft, wenn ihr Geschäftsmodell durchkreuzt wird. Dank riesiger Profite kann sie Behörden korrumpieren und brutale Gewalttäter bezahlen. Wir brauchen ein besseres Konzept. Staaten könnten Drogen besteuern, Dosierung und Qualität kontrollieren und hätten obendrein einen gewissen Einfluss darauf, wer sie wann und wie einnimmt. Es gibt interessante Ideen. Sie sollten getestet werden.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Zerstörung der Gemeingüter

Der internationale Aufschwung von Rechtspopulisten hat viel mit dem Widerstand von Partikularinteressen gegen die Wende zur Nachhaltigkeit zu tun, argumentiert E+Z/D+C-Chefredakteur Hans Dembowski. Aus Sicht des designierten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro ist Waldschutz nur eine unnötige Last. Tatsächlich hängt aber das ökologische Gewicht der Erde von den Regenwäldern seines Landes ab.

SEITE 11

Tribüne



Kultur vor dem Aus

Die Kultur der Kalash ist im Begriff unterzugehen. Heute gehören nur noch etwa 3 000 Menschen der kleinsten Ethnie Pakistans an. Die pakistanische Studentin Mahwish Gul beschreibt ihr Schicksal.

SEITE 13

Grundlegende Reform nicht in Sicht

Die Welthandelsorganisation (WTO) muss dringend reformiert werden. Die vorliegenden Reformvorschläge dienen jedoch vor allem den Interessen der Industrieländer, urteilen die Wissenschaftler Fabian Bohnenberger und Clara Weinhardt. Die Entwicklungsländer sollten gemeinsam eigene Vorschläge in die Debatte einbringen.

SEITE 15

ERDERWÄRMUNG

Eine Herkulesaufgabe

Klimaexperten sind uneins darüber, wie weit es noch möglich ist, die globale Erderwärmung aufzuhalten. Jedes Zehntelgrad weniger zählt, um fatale Folgen wie vermehrte Dürren, Stürme oder Starkregen zu vermeiden, versichern Wissenschaftler.

Von Lea Diehl

Im Oktober veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) einen Sonderbericht, der vor den verheerenden Folgen einer Erwärmung auf zwei Grad bis zum Ende des Jahrhunderts warnt. Auf dieses Ziel hatten sich die Unterzeichner des Pariser Klimaabkommens geeinigt (siehe Kasten nächste Seite). Klimaforscher wie Daniela Jacob, die als Autorin an dem Sonderbericht beteiligt war, plädieren nun stark dafür, die Erderwärmung auf wenigstens 1,5 Grad zu begrenzen. „Früher hätten wir nicht gedacht, dass es einen Evidenzwert gibt und dass sich das wissenschaftlich so genau sagen lässt“, erklärt sie.

Bei einer Erwärmung um „nur“ 1,5 Grad gäbe es laut Jacob weniger extreme Wetterlagen, einschließlich extremer Hitze und Starkregen. Außerdem fiele der Ernteausschlag von Mais, Weizen und Reis geringer aus, betont die Forscherin. Ebenso gäbe es weniger Verlust von Biodiversität und Artenvielfalt. Auch der Anstieg des Meeresspiegels wäre bis 2100 etwa zehn Zentimeter niedriger.

Jacob warnt, dass es schon jetzt Regionen gibt, wo man die Folgen der Erwärmung ablesen kann. „Weltweit zeigen sich Wettersituationen, die vorher nicht da waren.“ Die Klimaexpertin erklärt jedoch, dass Wetterveränderungen nicht in allen Regionen der Welt gleichermaßen voranschreiten. Und sie gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, denn sie hält es für machbar, die Welt auf 1,5 Grad Erwärmung zu halten. Es gäbe die technischen und finanziellen Möglichkeiten dazu – das Problem seien bislang die politischen Hürden. Dieser Ansicht ist auch Mojib Latif, Klimaforscher am Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Debatte).

Daniela Jacob betont aber, dass eine Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad „nie dagewesene Veränderungen“ erfordere. Jeder Einzelne müsse sein Verhalten ändern. Außerdem müssten die Emissionen in allen Bereichen drastisch reduziert, neue Technologien erfunden und Investitionen in CO₂-freie Technologien umgelenkt werden. Um die Erwärmung auf 1,5 Grad zu halten, müssten sich CO₂-Emissionen bis 2030 um etwa 45 Prozent verringern, gemessen am Niveau von 2010.

dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) organisiert hat.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Weltgemeinschaft sich aber beeilen und gemeinsam vorgehen, sind sich alle Experten einig. „Wir müssen die Klimapolitik vom Reden zum Handeln zurückbringen“, meint Hans-Christoph Boppel von VENRO. Das Pariser Abkommen von 2015 habe fast schon die Gewissheit vermittelt, dass die Staatengemeinschaft den Klimawandel gemeinsam angehe. Nun verspüren viele Enttäuschung.

Der Klimawandel, so Boppel, steht mit fast allen anderen entwicklungspolitischen Themen in Zusammenhang, egal ob es um die Bekämpfung des Hungers oder der Fluchtursachen geht. Er erschwere bereits die Entwicklung in armen Ländern deutlich und gefährde den Fortschritt. Besonders für



Vorbild für die Zukunft? Ökodorf in Dänemark.

Christiane Averbeck, Geschäftsführerin der Klima Allianz Deutschland, in der sich mehr als 120 Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen haben, hält es für eine gute Nachricht, dass es noch möglich ist, dieses Ziel zu erreichen. „Dazu muss die Politik aber die richtigen Weichen stellen“, forderte sie auf einer Konferenz in Berlin, die die Klima Allianz gemeinsam mit

die Ärmsten seien die Folgen verheerend. Boppel sieht in der Klimafrage aber auch eine Chance für die Weltgemeinschaft. Die Zusammenarbeit gegen den Klimawandel könne Vorbild für Global Governance in anderen Bereichen werden.

Eine Frage, die sich bei den anstehenden Transformationsprozessen stellt, ist, wie damit umzugehen ist, dass Arbeiter ihre

Jobs in der Kohle- und Ölindustrie verlieren werden. Antonio Zambrano Allende von der peruanischen Bürgerbewegung gegen den Klimawandel MOCICC hat Verständnis für protestierende Arbeiter. „Wir müssen ihre Sorgen ernst nehmen.“

Er sieht es als wichtig an, die unterschiedlichen Interessen verschiedener Grup-

pen anzuerkennen und auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Ein gerechter Strukturwandel habe viele Facetten, meint Zambrano Allende. Drei Dinge sind seiner Meinung nach entscheidend: „Demokratie, Land und Territorien“. Bei einem gerechten Wandel müsse berücksichtigt werden, wie einzelne Menschen in unterschiedlichen Territorien arbeiten und leben.

Außerdem müsse auf Interessen von indigenen Gemeinschaften sowie auf die individuelle Geschichte einzelner Regionen eingegangen werden. Um Veränderung zu schaffen und auf den Klimawandel zu reagieren, sagte Zambrano Allende, müsse man lokal denken und verschiedene Interessengruppen an einen Tisch holen.

IPCC-Sonderbericht und Klimakonferenz

Der Anfang Oktober publizierte Sonderbericht des IPCC dient der Vorbereitung der bevorstehenden jährlichen UN-Klimakonferenz (COP24), die vom 3. bis 14. Dezember 2018 im polnischen Katowice stattfindet. Ziel ist die Verfeinerung der Details des Pariser Klimaabkommens von 2015.

An dem IPCC-Sonderbericht haben 91 Autoren aus 40 Ländern gearbeitet. Er dokumentiert wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau. Der Bericht geht dabei auf das Pariser Klimaabkommen zurück, mit dem sich 195 Staaten darauf geeinigt hatten, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad bis 2100 zu begrenzen.

Laut Bericht liegt die weltweite Durchschnittstemperatur 2018 bereits rund ein Grad über dem Niveau der vorindustriellen Zeit. Es dürfte also eine weitere Erwärmung um maximal 0,5 bis 1 Grad geben. Stößt die Weltgemeinschaft aber weiterhin so viel CO₂ wie bisher aus, würde es bis zum Ende des Jahrhunderts zu einer Erwärmung um insgesamt etwa drei Grad kommen.

Der IPCC-Bericht verdeutlicht, dass eine Erwärmung um maximal 1,5 Grad bis 2100 gerade noch erreichbar sei, allerdings nur mit „schnellen und weitreichenden, bisher nicht dagewesenen Maß-

nahmen“. Das bedeutet, dass die weltweiten Treibhausgas-Emissionen viel schneller als bislang geplant reduziert werden und der Atmosphäre CO₂ zum Beispiel durch Anpflanzung zusätzlicher Wälder entzogen werden müssten.

Mit Sorge betrachten Klimaschützer die Wahl des Rechtspopulisten Jair Bolsonaro als neuen Präsidenten Brasiliens. Er hatte im Wahlkampf

den Austritt seines Landes aus dem 2015 beschlossenen Weltklimaabkommen angekündigt, ein Schritt, den 2016 bereits Präsident Donald Trump für die USA vollzogen hatte. Darüber hinaus will Bolsonaro den Schutz der Amazonas-Regenwälder zurückfahren, die weltweit bedeutend für den Klimaschutz sind (siehe dazu auch Kommentar von Hans Dembowski in der Debatte). (ld/sb)



Die Zerstörung des brasilianischen Regenwaldes schreitet voran.

KRIEG IN SYRIEN

Einblicke in ein kriegsgebeutertes Land

Seit inzwischen fast acht Jahren tobt ein unerbittlicher Krieg in Syrien. Doch die Welt scheint daran zunehmend das Interesse zu verlieren. Die Journalistin Rania Abouzeid gibt in einer bewegenden Reportage den Menschen in Syrien ein Gesicht.

Von Dagmar Wolf

Syrien als einheitlicher Staat existiere nur noch in Erinnerungen und Geschichtsbüchern. An seine Stelle seien mehrere Syriens getreten, schreibt die in Beirut lebende, preisgekrönte Journalistin Rania Abouzeid. In ihrem Buch „No turning back“ lässt sie die unterschiedlichsten Menschen zu Wort kommen und versucht so, der syrischen Tragödie auf den Grund zu gehen.

Was 2011 mit friedlichen Protesten und ein paar Graffiti von Jugendlichen begann, führte im Laufe des immer weiter eskalierenden Krieges zur Auflösung einer ganzen Nation, erklärt die Autorin. Bereits 2013 haben die UN aufgrund der schwierigen Informationslage aufgehört, die Opfer des syrischen Krieges zu zählen. Schätzungen zufolge liegt die Zahl inzwischen bei über einer halben Million. Die Hälfte der syrischen Bevölkerung von 23 Millionen ist auf der Flucht.

Abouzeid bedauert, dass der Westen das Interesse an einer der größten humanitären und geopolitischen Katastrophen

unserer Zeit verloren habe. Zu erschreckend seien die Bilder des Krieges, die Lage zu unübersichtlich und ein Ende nicht absehbar. Dabei seien die Folgen längst nicht nur in den Nachbarländern, sondern auch in der EU spürbar – durch die Ankunft von Millionen von Flüchtlingen.

Über fünf Jahre lang reiste Abouzeid immer wieder nach Syrien, an die Frontlinien, in die Türkei, in den Libanon, nach Washington und in diverse europäische Städte, um in zahlreichen Gesprächen mit Menschen in Syrien und auf der Flucht zu ergründen, wie es zu dieser scheinbar ausweglosen Situation kam. Das Ergebnis ihrer Recherchen ist keine weitere nüchterne Berichterstattung von außen, sondern eine bewegende Reportage aus dem Innern des Landes.

Da ist die Geschichte von Suleiman, der zu Beginn des Kriegs ein reicher Geschäftsmann mit Familienbeziehungen zum Regime von Präsident Baschar al-Assad war. Er hatte keine Veranlassung zu protestieren, kannte die Spielregeln. Doch der Mut der Protestierenden und die Aussicht auf politischen Frieden haben ihn in ihren Bann gezogen. Er begann die Proteste zu filmen und im Netz hochzuladen. So geriet er in die Ziellinie von Assads Sicherheitskräften und musste das Martyrium syrischer Foltergefangnisse durchleben.

Eine Schlüsselfigur ist sicherlich Mohammad, der bereits vor Ausbruch der Revolte dem Regime feindlich gegenüberstand und mit dem radikalen Islam sympathisierte. Mohammad verbrachte viele Jahre in Syriens berüchtigten Foltergefängnissen, in denen er die Schule der Radikalisierung durchlief. Abouzeid erspart dem Leser weder die Grausamkeiten in den Gefängnissen noch Mohammads brutale Vorgehensweise später als Al-Nusra-Kommandant gegen seine Feinde.

Allen Geschichten ist eines gemeinsam: der Schlüsselmoment, in dem das Leben des jeweiligen Menschen auf den Kopf gestellt und er oder sie in den Krieg hineingezogen wurde.

Im Gegensatz zu anderen Kriegsreportern berichtet Abouzeid nicht, was sie sieht und erlebt, sondern lässt die Menschen erzählen. Ihre Geschichten fügen sich wie die Teile eines Puzzles zu einem großen Ganzen: der Tragödie des syrischen Krieges. Die Reportage macht deutlich, dass es keine Gewinner in diesem Krieg geben kann; Verlierer sind die Menschen, egal auf welcher Seite des Konflikts sie stehen.

Die Reportage zeigt aber auch, wie eine ursprünglich friedliche Protestbewegung nach und nach von unterschiedlichen Mächten und Interessen gekapert wurde. Die Akteure im Land haben die Situation schon lange nicht mehr selbst in der Hand.

Mit ihrer bewegenden Reportage gelingt es der Autorin, das Schicksal der Menschen in Syrien wieder in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Denn wer „No turning back“ gelesen hat, wird Nachrichten aus dem kriegsgebeutelten Land mit anderen Augen sehen – er sieht die Menschen dahinter.

Angesichts alarmierender Informationen über die verheerende Menschenrechtslage stellt sich die Frage, ob es eine Chance auf Frieden in einem wiedervereinten Syrien geben kann. In einem aktuellen Lagebericht erläutert das Auswärtige Amt, dass Polizeikräfte, Sicherheits- und Geheimdienst systematisch Folterpraktiken insbesondere gegenüber Oppositionellen und vermeintlich Oppositionellen anwendeten. Dabei schreckte das Regime auch nicht davor zurück, Frauen und selbst Kinder zu foltern.

BUCH

Abouzeid, R., 2018: No turning back. Life, loss and hope in wartime Syria. London: Oneworld.



Die Akteure im Land haben die Situation schon lange nicht mehr selbst in der Hand: Mitglied der Demokratischen Kräfte Syriens (Syrian Democratic Forces – SDF) in den Trümmern der Altstadt von Rakka 2017.

BANKEN

Erfundene Geschichten

Weil Finanzmärkte große Bedeutung für die Weltwirtschaft haben, ist die ethnografische Forschung von Stephan Leins in einer Schweizer Bank entwicklungspolitisch relevant. Er hat untersucht, wie Finanzanalysten arbeiten und wie sie die Welt sehen.

Von Hans Dembowski

Westliche Wissenschaftler haben die Methoden der ethnografischen Feldforschung entwickelt, um exotische Kulturen zu ergründen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sie aber zunehmend genutzt, um zu verstehen, wie hochqualifizierte Berufe in reichen Ländern funktionieren. Leins hat sich zum Zweck der teilnehmenden Beobachtung als Ethnologe unter die Finanzanalysten einer Bank in Zürich gemischt.

Sein kürzlich veröffentlichtes Buch „Stories of Capitalism“ zeigt, dass deren professionelle Leistung hochgradig subjektiv ist. Die Kapitalmarktexperten stützen sich auf eine Vielfalt von Informationen aus wissenschaftlichen Studien, Unternehmensberichten, der Wirtschaftspresse, Aktienkursen und dergleichen mehr. Es gibt aber keine klaren Regeln darüber, wie diese Fakten zu interpretieren sind und welche am wichtigsten sind.

Leins zufolge entwerfen die Analysten Narrative darüber, wie sich bestimmte Finanzanlagen entwickeln werden. Die derart erfundenen Geschichten untermauern sie dann mit passenden Daten. Wie Leins ausführt, erzählen die Fakten selbst keine Geschichten. Sie werden vielmehr für Narrative verwendet. Aus vielfältigen Quellen passende Daten für die eigenen Hypothesen zu sammeln heißt im Fachjargon „Data-mining“.

In mehrfacher Weise ist die Arbeitsweise der Analysten opportunistisch. Die wichtigsten Punkte sind:

- Finanzanalysten achten darauf, dass sie nicht allzu weit vom Branchenkonsens abweichen. Diese Haltung bietet Schutz, denn wenn sich eine Vorhersage später als falsch erweist, können sie darauf hinweisen, dass andere die Dinge ähnlich gesehen haben wie sie selbst.

- Die Analysen, die sie liefern, müssen der Weltsicht und den Erwartungen ihrer Zielgruppe entsprechen, denn diese soll überzeugt werden.

- Letztlich geht es darum, zu Investitionen anzureizen. Schreckensszenarien taugen dafür nicht, es müssen also gute Erträge in Aussicht gestellt werden.

Diese Einsichten sind nicht völlig neu. Sie sind denen, die mit Finanzmärkten zu tun haben, grundsätzlich bekannt. Leins bestätigt mit detaillierten Beobachtungen aus dem Alltag weitverbreitete Annahmen darüber, wie diese Profession tickt.

Leins stellt die Legitimität der Arbeit der Finanzanalysten nicht infrage. Seiner

ihre Mitglieder versicherten einander, es sei möglich, sie im Griff zu behalten. Die Krise erschütterte zwar das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Finanzwirtschaft, aber an den Geschäftsmodellen der Branche änderte sich wenig.

Die meisten Sozialwissenschaftler wissen, dass Märkte menschliche Erwartungen widerspiegeln. Ökonomen tun dagegen gerne so, als gehe es um etwas Ähnliches wie Naturgesetze. Leins belegt, dass Finanzanalysten diese Illusion nicht teilen. Wie Marktteilnehmer auf neue Informationen reagieren, kann sehr unterschiedlich ausfallen, und das richtig zu erraten ist für diese Berufsgruppe ebenso wichtig, wie die grundlegenden ökonomischen Trends zu verstehen. Wenn unrealistische Erwartungen eine Spekulationsblase schaffen, kann es sogar vernünftig sein, die entsprechenden Papiere weiter zu kaufen. Profite maximiert, wer diese Anlagen genau rechtzeitig vor dem Platzen der Blase zu dem höchstmöglichen



Der Paradeplatz liegt im Herzen des Zürcher Bankenviertels.

Meinung nach braucht die Volkswirtschaft deren Erzählweise, um mit einer unbekannten Zukunft umgehen zu können. Die Finanzanalysten tun ihr Bestes, Entwicklungen vorherzusagen, und hoffen, Recht zu behalten. Allerdings geht es mehr um Intuition und Glauben als um präzise Analyse von Daten nach streng definierten Regeln.

Der subjektive Charakter dieser Arbeit hilft, zu erklären, weshalb die Finanzkrise, die vor zehn Jahren an der Wall Street begann, so überraschend schien. Die Fachwelt wusste, dass sich Probleme türmten, aber

Kurs verkauft. Rationale Investoren können also durchaus irrationale Trends durchschauen und trotzdem weiter verstärken.

Ökonomen erfinden gern Modelle, die auf der unrealistischen Grundprämisse aufbauen, menschliches Verhalten sei völlig rational. Sie sollten Leins' Buch lesen. Es zeigt, dass ihre Disziplin eine Sozialwissenschaft ist.

BUCH

Leins, S., 2018: Stories of Capitalism – Inside the Role of Financial Analysts. Chicago: University Press.

STAATSFINANZEN

Afrikanische Staaten in Gefahr

In Subsahara-Afrika nimmt die Auslandsverschuldung wieder zu. Fast 40 Prozent der Länder drohen Schuldenkrisen, warnen Sha-kira Mustapha und Annalisa Prizzon vom Londoner Overseas Development Institute (ODI) in einem Hintergrundpapier.

Von Monika Hellstern

Wegen Schuldenerlassen und Wirtschaftswachstum sanken in den meisten Ländern südlich der Sahara die Schuldenquoten seit den späten 1990er-Jahren. Die Heavily Indebted Poor Country (HIPC) Initiative und die Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) trugen erheblich dazu bei. Sie sollten Ressourcen für Infrastrukturausbau und Sozialpolitik freisetzen, schreiben Mustapha und Prizzon.

Seit 2010 steigen die Verschuldungs- und Schuldendienstquoten aber wieder. Den Wissenschaftlerinnen zufolge sind sie heute höher als zu Beginn der MDRI 2006. Laut Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) wächst die Wahrscheinlichkeit von Schuldenkrisen in Ländern mit niedrigen Einkommen.

Die Anzahl der gefährdeten Länder in Subsahara-Afrika hat sich von acht Ländern im Jahr 2013 auf 18 im Jahr 2018 mehr als verdoppelt, und acht Länder – Tschad, Mosambik, Republik Kongo, São Tomé und Príncipe, Südsudan, Sudan, Gambia und Simbabwe – sind bereits in Notlagen. Laut Mustapha und Prizzon brauchen sie Kredite, um nationale Entwicklungspläne umzusetzen.

Die Autorinnen warnen, dass Darlehen zwar das Wachstum fördern können, aber hohe Schulden Fortschritt oft untergraben. Manche Länder gäben mehr Geld für den Schuldendienst aus als für ihr Bildungs- oder Gesundheitswesen. Hohe Verschuldung schrecke zudem Investoren und Innovatoren ab.

Die Autorinnen fordern Politik und Praxis auf, sich stärker mit der veränderten Zusammensetzung der Schuldenlast und den damit verbundenen Risiken auseinanderzusetzen.

Drei Trends seien besonders wichtig:

- Der Anteil der multilateralen und konzessionären Kredite ist gesunken. Betrug die multilaterale Verschuldung Subsahara-Afrikas 2005 noch 53 Prozent, so sind es nun nur noch 40 Prozent. Ein Grund ist, dass manche Länder ökonomisch aufgestiegen sind und entsprechend weniger Unterstützung von multilateralen und bilateralen Gebern bekommen.
- Neue bilaterale Kreditgeber haben ihren Anteil an der Auslandsverschuldung in Afrika von 15 Prozent 2007 auf 30 Prozent 2016 erhöht. Zum Beispiel finanzieren chinesische Institutionen zunehmend groß angelegte Infrastrukturprojekte. Die entsprechenden Darlehen können zu Zahlungsschwierigkeiten führen, wenn sie nicht genug Einnahmen erzielen.
- Die Länder Subsahara-Afrikas beschaffen sich zunehmend Mittel auf internationalen Kapitalmärkten. Sie sind daher Risiken wie volatilen Wechselkursen und Zinssätzen ausgesetzt. Zudem ändern spekulative Investoren ihre Strategien oft und schnell.

Zu bedenken ist auch, dass in der neuen Finanzlandschaft gewohnte Entschuldungsmechanismen möglicherweise nicht mehr wie früher greifen (siehe Jürgen Zattler im E+Z/D+C e-Paper 2018/08,

Schwerpunkt). Die Autorinnen empfehlen Kreditnehmern und -gebern Reformen in drei Bereichen, um die Schuldentragfähigkeit zu stärken:

- Kompetenzaufbau auf Seiten der Kreditnehmer zur verantwortungsvollen Verschuldung,
- Verbesserung der Transparenz für alle Beteiligten und
- Entwicklung von State-Contingent Debt Instruments (SCDIs), die den Schuldendienst an bestimmte makroökonomische Daten wie etwa die Wachstumsrate knüpfen: Im Falle eines Abschwungs würde die Schuldenlast automatisch reduziert.

In vielen afrikanischen Ländern sind die institutionellen Kapazitäten schwach. Zu den Mängeln zählen Mustapha und Prizzon die oft auf mehrere Behörden verteilte Verantwortung für Schulden, den geringen politischen Willen, die hohe Personalfuktuation in Ämtern sowie unzuverlässige Erfassungssysteme und Datenlücken. Nötig seien dagegen solide Geld-, Haushalts- und Steuerpolitik.

Auch Kreditgeber müssen Verantwortung übernehmen. Die Autorinnen plädieren für mehr Transparenz und verstärkten Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten. Weltbank und IWF sollten sich für eine bessere Koordinierung mit Gläubigern aus Schwellenländern einsetzen. Neue Ansätze wie SCDI könnten ebenfalls helfen.

LINK

Mustapha, S., and Prizzon, A., 2018: Africa's rising debt. How to avoid a new crisis.

<https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/resource-documents/12491.pdf>

Auslandsverschuldung und Schuldendienst in Sub-Sahara Afrika



Anmerkung: ohne Volkswirtschaften mit hohem Einkommen.

Stalking von Frauen ist keine Liebe

In einem wegweisenden Urteil hat ein Gericht in Uganda einen Mann ins Gefängnis geschickt, weil er eine Politikerin mit häufigen SMS belästigt hatte. Das Urteil schockierte viele Männer. Es ist ein Präzedenzfall dafür, dass die Belästigung von Frauen rechtliche Konsequenzen hat.

Im November 2017 bekam Sylvia Rwaboogo, ein Mitglied des ugandischen Parlaments, unerwünschte SMS von dem 25-jährigen Brian Isiko. Ihre Versuche, Isiko zu blockieren, hinderten ihn nicht daran, weiter „seine Liebe“ auszudrücken. Aber Rwaboogo empfand das als Belästigung. Sie alarmierte die Polizei, und Isiko wurde im Juni 2018 festgenommen. Sogar aus der Haft schickte er ihr weiterhin Text-Messages.

Im Gerichtssaal brach Rwaboogo in Tränen aus, als sie ihr Trauma von acht Monaten Stalking schilderte. Der Angeklagte hingegen lachte während der ganzen Verhandlung.

In ihrem Urteil verkündete die Richterin, dass es in der ugandischen Gesellschaft normal zu sein scheine, Frauen herabzuwürdigen und nicht zu respektieren. Sie verurteilte Isiko zu zwei Jahren Gefängnis für Online-Belästigung und beleidigende Kommunikation und sagte, dass dieses Urteil dazu dienen solle, „Männer abzuschrecken, die Belästigung von Frauen für normal halten“.

Dies gefiel manchen Männern überhaupt nicht – sie beleidigten die Richterin, die Abgeordnete und andere Frauen, weil sie Männer von „ihrem Recht abhielten, ihre Liebe auszudrücken“. Diesen Männern ist es offensichtlich egal, welche Gefühle ihre Äußerungen hervorrufen.

Manche Kommentare in den sozialen Medien waren erschreckend. „Diese ehrenwerte Abgeordnete sollte verklagt werden. Wo steht denn, dass es ein Verbrechen ist, sein Interesse an einer Frau auszudrücken, und dass darauf sogar Gefängnis steht? Das macht mich wütend.“ Ein anderer Mann schrieb: „Was kann man von dieser Person erwarten, wenn ein 25-jähriger Junge sie aus dem Konzept bringt?“

Manche sagen auch, dass Isiko nur deswegen verfolgt und verurteilt wurde, weil sein Opfer eine privilegierte Frau war. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Das Recht auf persönlichen Freiraum und Sicherheit ist für die durchschnittliche ugandische Frau lediglich ein Traum.

Die Verletzung der Frauenrechte wird von denselben Behörden fortgeführt, die sie eigentlich schützen sollten, aber keine Maßnahmen ergreifen, um Sicherheit für Frauen zu garantieren. In der Regel werden Frauen für alles beschuldigt, was ihnen angetan wird. Simon Lokodo, Ugandas Ethikminister, verlangte die Verhaftung der Opfer von Rachepornos. Von Rachepornos spricht man, wenn ein früherer Liebhaber Nacktbilder und sexualisierte Bilder einer Frau öffentlich macht. Onesmus Twinamasiko, ein anderer Politiker, empfahl Männern, ihre Frauen zu schlagen.

Männliche Autoritätsfiguren werden nicht zur Rechenschaft gezogen, wenn sie zur Gewalt gegen Frauen aufrufen. Deswegen ist es nur logisch, dass ugandische Männer nicht glauben können, dass jemand ins Gefängnis geworfen wird für etwas, was sie alle für selbstverständlich halten: das Recht, Frauen nicht zu respektieren.



LINDSEY KUKUNDA
ist Autorin, Journalistin und Trainerin für digitale Sicherheit sowie Leiterin der zivilgesellschaftlichen

Organisation „Not Your Body“. Sie lebt in Kampala, Uganda.

lindseykukunda@gmail.com
[@RizaLouise](https://www.instagram.com/RizaLouise), [@NotyourbodyUg](https://www.instagram.com/NotyourbodyUg)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66
Fax (0 69) 75 01-48 55
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
ArtDirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

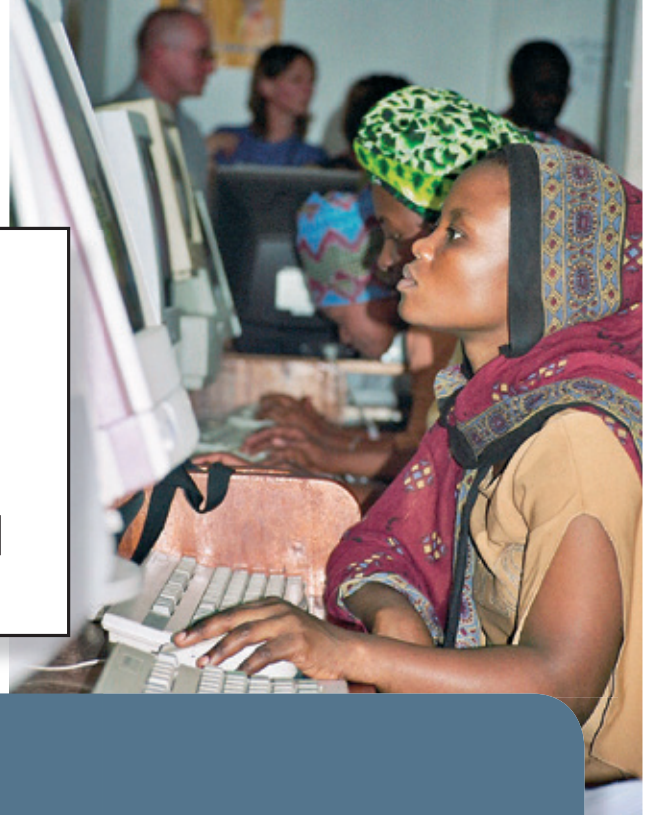
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

[DOSSIERS](#) [THEMENFELDER](#) [WELTREGIONEN](#) [RUBRIKEN](#) [AUTOREN](#) [ARCHIV](#) [BLOG](#)

Suche

HUMAN TRAFFICKING

Deeply rooted slavery



Aktuelles e-Paper



MINDERHEITEN



Why Indigenous Languages?

25.11.2019 – von Mohaiwul Gul
Gefährdete Sprachen

MINDERHEITEN



24.11.2019 – von Mohaiwul Gul
Kurz vor dem Aussterben

Aktuelle Blog-Beiträge

- Amitav Ghosh assesses global warming from Asian perspective
- Why Trump lost decisively last week

Folgen Sie uns



AUTORITÄRE REGIERUNGSFÜHRUNG

Zerstörung der Gemeingüter

Der internationale Aufschwung autoritärer Rechtspopulisten hat viel mit dem Widerstand von Partikularinteressen gegen die Transformation zur Nachhaltigkeit zu tun. Aus Sicht von Jair Bolsonaro, dem Sieger der brasilianischen Präsidentschaftswahlen, ist Waldschutz nur eine unnötige Last. Tatsächlich hängt aber das ökologische Gewicht der Erde von den Regenwäldern seines Landes ab.

Von Hans Dembowski

Zufällig veröffentlichte der Weltklimarat IIPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) seinen jüngsten Bericht, als Bolsonaro die erste Wahlrunde gewann. Die Klimaforschung warnt, es müsse schnell gehandelt werden (siehe Mojib Latif in E+Z/D+C e-Paper 2018/11, Debatte). Politiker wie Bolsonaro finden wissenschaftliche Erkenntnisse aber nicht wichtig.

Bolsonaro äußert sich rassistisch, fremden- und frauenfeindlich. Das ist für Rechtspopulisten typisch. Er behauptet, er werde eine vermeintlich bessere, frühere Ordnung wiederherstellen und lobt dann Brasiliens brutale Militärdiktatur, die 1985 zu Ende ging. Aus seiner Sicht soll die Polizei angebliche Verbrecher töten dürfen und die Bürger sich bewaffnen. Sein Versprechen ist Gewalt, nicht Frieden.

Seit Donald Trump vor zwei Jahren zum US-Präsidenten gewählt wurde, rätseln internationale Journalisten darüber, warum Rechtspopulisten in vielen Ländern Erfolg haben, übersehen aber meist die Bedeutung des Klimawandels. Um die globale Erwärmung zu begrenzen, müssen Volkswirtschaften umgebaut werden. Das bedroht mächtige Partikularinteressen. Rechtspopulisten dienen ihnen, denn sie bestreiten die Gefahr und drehen Klimaschutz zurück.

Früher bemühten sich Mitte-links- wie auch Mitte-rechts-Regierungen darum, Marktwirtschaften so zu regulieren, dass die Probleme, welche die Wirtschaftsweise erzeugte, gelöst wurden. So entstanden soziale Sicherungssysteme und Umweltschutz (siehe hierzu mein Editorial in E+Z/D+C

e-Paper 2018/10). Mitte-links-Parteien tun das immer noch, und das gilt auch für manche Mitte-rechts-Parteien. Leider übernehmen oder verdrängen aber Populisten, die nichts auf Fakten geben, zunehmend die etablierten konservativen Parteien. Der neue Politikertypus geht Probleme nicht an, er leugnet sie. Um Ängste zu kanalisieren, hetzt er gegen Sündenböcke. Er scheut vor ökologischer Verantwortung zurück und schwafelt dafür vom nationalen Interesse.

Unter Bolsonaro dürfte sich die Regenwaldzerstörung rasant beschleunigen. In Brasilien steht rund ein Drittel des verbleibenden Dschungels weltweit. Weil Wäl-

die Erderwärmung unkontrolliert eskalieren. Extreme Wetterlagen werden immer größere Schäden anrichten, und wegen verlorener Ernten werden Lebensmittel verknappt. Der Klimawandel ist unumkehrbar und beschleunigt sich, wenn bestimmte Kippunkte erreicht werden (siehe Beitrag von Dirk Messner im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/10). Sicherheit wird es für niemanden geben.

Rechtspopulisten behaupten, sie kämpften für das Volk und gegen die Eliten. Tatsächlich schützen sie Partikularinteressen, denn ihre Politik dient nur einer privilegierten Minderheit. Alle anderen überlassen sie ihrem Schicksal. Profite sind allemal wichtiger als Menschenrechte. Die Vernichtung der weltweiten Gemeinschaftsgüter wird gesellschaftliche Spannungen weiter anheizen.

Der Zynismus ist extrem. Wie die Washington Post kürzlich berichtete, geht die



Bolsonaros Pistolengeste wurde im Wahlkampf berühmt.

der CO₂ binden, ist Forstschutz ein wesentliches Element des Klimaschutzes.

Bolsonaros verzerrte Botschaft ist aber, die Nation profitiere von der Ausbeutung von Bodenschätzen unter dem Wald oder der Umwandlung in Agrarland. Tatsächlich gibt es kurzfristig Gewinner – aber nur, weil sie nicht für die ökologischen Schäden aufkommen müssen. Für eine kleine Zahl von Menschen rentiert sich die Waldvernichtung. Alle anderen müssen die Folgen tragen.

Wenn sich Politiker vom Schlage Trumps und Bolsonaro durchsetzen, wird

US-Regierung davon aus, dass die Temperaturen weltweit im Schnitt um vier Grad steigen, lehnt aber trotzdem Emissionsbegrenzungen für Autos ab. Da der Wandel nun mal stattfindet, halte das Weiße Haus Umweltschutz für sinnlos, schrieb die Zeitung.

Bolsonaros Haltung wird vermutlich ähnlich sein. In seiner Darstellung ist Forstschutz nutzlos. Wie in den USA werden Brasiliens Institutionen dem neuen Staatschef vielleicht gewisse Grenzen setzen und auf Recht und Gesetz bestehen. Sie werden aber noch mehr zu kämpfen haben, denn Brasiliens Demokratie ist viel jünger.

ENTWICKLUNGSINVESTITIONSFONDS

Sinnvolle Kombination

Der von der Bundesregierung angekündigte Entwicklungsfonds kann ein wichtiger Meilenstein für die Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit Afrika werden: hin zu einer sinnvollen Verschränkung von Hilfe und Außenwirtschaftsförderung, hin zu mehr privatwirtschaftlichem Engagement, hin zu einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung in afrikanischen Ländern.

Von Christoph Kannengießer

Mangelnde Infrastruktur ist ein Haupthindernis für Geschäftstätigkeit in afrikanischen Ländern – sowohl für lokale als auch für internationale Unternehmen. Doch Infrastruktur, zum Beispiel für Verkehr, Energie und Wasser, kostet viel Geld. Es kann nicht allein über nationale Mittel oder öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) aufgebracht werden. Private Investitionen müssen her, damit lokale Wirtschaft wachsen kann und Menschen ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich verdienen können.

Natürlich führen ausländische Direktinvestitionen nicht automatisch zu mehr

Jobs vor Ort. Trotzdem sind sie zwingend nötig. 2017 wurden 36 Milliarden Euro in afrikanischen Ländern investiert, vor allem in Ägypten, Äthiopien, Nigeria und Marokko. Das sind nur 2,9 Prozent der weltweiten Auslandsinvestitionen. Zeitgleich flossen 434 Milliarden Euro nach Asien. Die wichtigsten Investoren in Afrika sind Firmen aus den USA, Großbritannien und Frankreich sowie China und Südafrika. Sogar die Stadtstaaten Singapur und Hongkong investieren mehr als deutsche Firmen. Diese tun sich nach wie vor schwer mit ihrem Afrika-Engagement. Viele – vor allem kleine und mittlere – deutsche Unternehmen vermissen passende Finanzierungsangebote, Risikoabsicherung und politische Unterstützung.

Unter den 1 000 in Afrika tätigen deutschen Unternehmen sind viele Großunternehmen, die dort bereits sehr erfolgreich sind. Interesse an Europas Nachbarkontinent ist auf jeden Fall vorhanden: Allein die 100 Firmen, die auf einer Investorenkonferenz Ende Oktober in Berlin vertreten waren, planen Projekte mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen Euro. Der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft hat

die Konferenz gemeinsam mit der Subhara-Afrika-Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI) im Rahmen der G20-Initiative Compact with Africa (CwA) ausgerichtet. Die Projekte sollen 13 000 Arbeitsplätze in den elf CwA-Partnerländern (Ägypten, Äthiopien, Benin, Guinea, Côte d'Ivoire, Ghana, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien) schaffen. Einige Vorhaben werden durch die Sonderinitiative Ausbildung und Beschäftigung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begleitet.

Und doch spiegelt das deutsche Engagement nicht das wirtschaftliche Gewicht wider. Die Projekte im Wert von 1 Milliarde Euro, die afrikaweit aktuell in Sicht sind, könnten mit dem richtigen Instrumentarium vervielfacht werden. Dazu müssen die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen für Afrika als Investitionsziel begeistert werden. Der Entwicklungsfonds kann dafür der richtige Hebel sein und einen wesentlichen Beitrag leisten, um mehr Arbeitsplätze für die afrikanische Jugend zu schaffen. Zugängliche und günstigere Garantien für Exporte, für die Projektentwicklung und auch für Investitionen standen schon lange auf der Wunschliste der Mittelständler. Dass nun weitere Länder für Hermesbürgschaften geöffnet werden sollen, wird weitere positive Effekte haben. Auch die Senkung des Selbstbehalts und der Kosten bei Hermes ergibt Sinn, um Risiken besser abzufedern. Zudem ist es wichtig, dass kleinere Projektvolumen als bisher finanziert werden können. Das kommt deutschen, aber auch lokalen Firmen zugute, die so an Geld kommen und wachsen können.

Afrika kann den Sprung aus der Armut und den Anschluss an die globale Wirtschaft nur durch privatwirtschaftliches Engagement schaffen. Diesen Aufholprozess müssen wir unterstützen und das aktuelle Momentum nutzen. Die sinnvolle Kombination von Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik ist dabei der richtige Weg: für bessere Infrastruktur und mehr Investitionen in afrikanischen Ländern.



CHRISTOPH KANNENGIESSER
ist Hauptgeschäftsführer des
Afrika-Vereins der deutschen
Wirtschaft.

voss@afrikaverein.de



Wirtschaftliche Entwicklung braucht Infrastruktur: Strommast in der Sahara.



Frauen und Mädchen vom Volk der Kalash.

MINDERHEITEN

Kurz vor dem Aussterben

Die Kultur der Kalash ist im Begriff unterzugehen. Heute gehören nur noch etwa 3000 Menschen der kleinsten Ethnie Pakistans an.

Von Mahwish Gul

Die Sprache der Kalash gilt als ernsthaft gefährdet. Sie wird nur noch von schätzungsweise 3000 Indigenen, die in den Bergen des Hindukusch leben, gesprochen. Die Sprache ist die wichtigste Ausdrucksform des vom Aussterben bedrohten Volkes, das sich über Jahrtausende erhalten und seine reiche und einzigartige Kultur bewahrt hat.

Die Kalash haben an ihrer Religion, Identität, Lebensweise und Sprache festgehalten. Versteckt in den Bergen nahe der Grenze zu Afghanistan, feiern und tanzen die Kalash tagelang und verehren eine Reihe von Göttern. Sie lieben hausgemachten Alkohol, und Frauen wählen selbst, wen sie

heiraten möchten – was im überwiegend muslimischen Pakistan eher ungewöhnlich ist.

Die Kalash haben blaue Augen und helle Haut, weshalb Anthropologen und andere Forscher rätseln, woher sie stammen. Die gängigste Vermutung ist, dass dieses einzigartige Volk griechische Wurzeln hat – Alexander der Große hatte diesen Landstrich vor gut 2000 Jahren erobert. Es ist also durchaus möglich, dass die Kalash Nachfahren seiner griechischen Truppen sind. Tatsächlich haben sie Symbole, Riten, eine Geschichte und möglicherweise eine DNA, die auf die alten Griechen zurückgehen. Eine andere Hypothese lautet, dass die Kalash ein indo-arischer Stamm sind, und schon sehr viel länger dort leben.

Umgeben von Muslimen, sind die Kalash die kleinste Ethnie Pakistans. Die Schätzungen schwanken, Daten der Volkszählung legen jedoch nahe, dass ihre Zahl

von 10 000 in den 1950er Jahren auf heute 3000 Angehörige geschrumpft ist.

Kultur und Lebensart der Kalash unterscheiden sich deutlich von den benachbarten muslimischen Gemeinschaften. Die Kalash feiern drei große Feste im Jahr. Dann tanzen sie zu Trommelklängen und trinken selbstgemachten Wein. Sie verehren diverse Götter und Geister und bringen ihnen zu den Festen Opfer und Gaben dar. Zu diesen Anlässen wählen die jungen Frauen und Männer zudem ihre Ehepartner aus.

Kalash-Frauen dürfen nicht nur ihren Mann selbst wählen, sondern sich auch scheiden lassen oder weglaufen. Zugleich lastet ein schwerer Aberglauben auf ihnen. Während der Menstruation etwa gelten sie als unrein. Man glaubt, dass sie der Familie Unglück bringen, wenn sie sich in dieser Zeit frei bewegen. Deshalb müssen sie während der Menstruation in Quartieren außerhalb der Dörfer wohnen. Dies ist eine der Traditionen, durch die sich die Kalash von anderen pakistanischen Ethnien unterscheiden.

Die Kalash pflegen besondere Beattungszeremonien. Der Tod wird meist als freudiges Ereignis gefeiert, weil er als Vereinigung der Seele mit ihrem Schöpfer

gesehen wird. Statt die Toten zu betrauern, werden sie mit Gesang und Trommeln verabschiedet und für ihre letzte Reise mit Nahrung versorgt. Ihr Besitz liegt während der Zeremonie neben ihnen. Nach tagelangen Ehrungen wird der Tote zu seiner letzten Ruhestätte überführt. Früher verblieben die Verstorbenen in einem offenen Sarg im Freien, später begannen die Kalash jedoch, sie zu begraben. Beisetzungen sind gute Gelegenheiten, Reichtum und Ansehen des Verstorbenen und seiner Familie zu demonstrieren. Die Männer werden mit mehr Aufwand beigesetzt.

TOURISTENATTRAKTION

Obwohl sie verborgen in den Bergen leben, ziehen die Kalash mit ihrer beeindruckenden Kultur immer mehr Touristen an. Dabei spielt auch der Lowari-Tunnel eine Rolle: Diese 2017 offiziell eröffnete Unterführung ist zehn Kilometer lang und verbindet die Distrikte Chitral, wo die Kalash leben, mit dem Upper Dir-Distrikt. Wegen der besseren Erreichbarkeit mit dem Auto ist der lokale Tourismus gewachsen. Auch moderne Waren sind leichter erhältlich. Die Kalash haben davon jedoch wenig, denn die Geschäfte werden von Händlern anderer Ethnien getätigt.

Die Kalash werden massiv diskriminiert. So wurde etwa das Erdbeben mit Stärke 7,5, das im Jahr 2015 Nordafghanistan und Pakistan erschütterte, der „unmoralischen Art“ der Kalash angelastet. Viele finden, die Kalash sollten sich assimilieren.

Tatsächlich schwinden ihre Traditionen rasant. Ein Grund ist die Konvertierung zum Islam. Dies begann schon zu Kolonialzeiten, wie Rudyard Kipling in seiner Kurzgeschichte, „Der Mann, der König sein wollte“, beschreibt. Seine Geschichte spielt in Kafirstan, „dem Land der Ungläubigen“, in dem Wahnsinn und Götzenanbetung allgegenwärtig sind.

In Kiplings Geschichte geht es um die „roten Kafir“, die Ende des 19. Jahrhunderts brutal zur Konvertierung gezwungen und fortan „Nuristanis“ – die „Erleuchteten“ – genannt wurden. Wegen ihrer typischen schwarzen Kleidung wurden die Kalash, die in derselben Region ansässig waren, zu Kiplings Zeiten „schwarze Kafir“ genannt. Medien berichten von erzwungenen Konvertierungen und Eheschließungen mit Nicht-Kalashs. In den letzten Jahren sind schätzungsweise um die 100 Angehörige der Kalash zum Islam übergetreten.

Die Kultur der Kalash erodiert auch von innen. Junge Leute nehmen moderne Bräuche an und wünschen sich eine Schulbildung und einen Beruf. Lakshan Bibi war die Erste aus ihrem Tal, die einen Abschluss machte – sie wurde Berufspilotin. Wazir Zada ist die erste Kalasha, die Mitglied der Provinzversammlung von Khyber Pakhtunkhwa wurde, der ehemaligen Northwest Frontier Province.

Auch illegale Abholzung und Landübernahme gefährden die Kultur der Kalash. Viele Kalash geben ihre Traditionen auch wegen ihrer extremen wirtschaftlichen Marginalisierung auf, werden aber in

der Mehrheitskultur nicht akzeptiert. Wenn diese Entwicklung weiter voranschreitet wie bisher, wird von ihrer Kultur nur das bleiben, was dokumentiert wurde. Daher ist es wichtig, die bisher nur mündlich überlieferten Traditionen und Bräuche festzuhalten. Ihr ganzes Wissen läuft Gefahr, verlorenzugehen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen machen sich seit 2008 dafür stark, die Kultur der Kalash als immaterielles Weltkulturerbe auf die Liste der UNESCO zu setzen. Der Prozess ist jedoch ins Stocken geraten. Auch die pakistanische Regierung bemüht sich darum, die Kultur der Kalash zu schützen und zu erhalten. Die Behörden sehen die größte Gefahr im zunehmenden Tourismus. Die Verfassung sichert Minderheiten gleiche Rechte zu, und der Schutz der Kultur der Kalash ist durch das Gesetz gesichert. Bisher war das hilfreich für das Weiterbestehen der jahrhundertealten Bräuche. Am Wichtigsten ist, dass einige Angehörige der Kalash fest entschlossen sind, ihre Traditionen am Leben zu halten. Diese Entschlossenheit scheint sich zu verstärken.



MAHWISH GUL

kommt aus Islamabad und studiert

Entwicklungsmanagement an der Ruhr-Universität Bochum

und der University of Western Cape in Kapstadt. Ihr Master-Studiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft entwicklungsbezogener Postgraduierten-Programme (AGEP).
mahwish.gul@gmail.com

Gefährdete Sprachen

Einmalige indigene Kulturen sind ernsthaft bedroht. Laut UN wird es womöglich schon im kommenden Jahrhundert 40 Prozent der rund 6000 heute gesprochenen Sprachen nicht mehr geben. Seit 1950 sind 228 Sprachen ausgestorben. Sprachen haben einen hohen Wert – nicht nur als Medium, um sich auszutauschen, sondern auch als Ausdruck

einer Identität, einer Kulturgeschichte und als Archiv für Traditionen und Erinnerungen. Daher haben die UN das Jahr 2019 zum Internationalen Jahr der Indigenen Sprachen erklärt.

Laut Weltbank gibt es weltweit um die 370 Millionen Angehörige indigener Völker. Während diese nur ein Viertel der Erdoberfläche nutzen,

schützen sie drei Viertel der verbleibenden biologischen Vielfalt. Es heißt, sie hätten die Antworten auf Fragen der Lebensmittelsicherheit und des Klimawandels. Ihr traditionelles Wissen wird als sehr wertvoll für den Schutz des Ökosystems erachtet. Tatsächlich gelten sie oft als Verwalter der Natur. Ihr Ernährungssystem kann Lösungen bieten, um die aktuelle Nahrungsbasis auszuweiten und vielfältiger zu machen, und um in Gegenden, die vom Klimawandel bedroht

sind, nahrhafte Lebensmittel bereitzustellen.

Die grundlegenden Eigenschaften der indigenen Völker – Identität, Sprache, Kunst, traditionelles Wissen und Spiritualität – sind jedoch durch Enteignung, erzwungene Assimilation und andere Formen der Diskriminierung bedroht.

Kalash zählt zu den 26 bedrohten Sprachen Pakistans (siehe Haupttext). In der UN-Kategorisierung gehört sie zu den fünf am meisten gefährdeten Sprachen des Landes. (mg)



Regionale Gemeinschaften stellen ihre eigenen Handelsregeln auf, westafrikanische Länder handeln zum Beispiel zunehmend untereinander mit Strom: Übertragungsleitungen in Abidjan, Elfenbeinküste.

WTO

Grundlegende Reform nicht in Sicht

Die Welthandelsorganisation (WTO) muss dringend reformiert werden. Die vorliegenden Reformvorschläge dienen jedoch vor allem den Interessen der Industrieländer. Die Entwicklungsländer sollten gemeinsam eigene Vorschläge in die Debatte einbringen.

Von Fabian Bohnenberger und Clara Weinhardt

Die Eskalation von Handelskonflikten, etwa zwischen den USA und China, hat die Diskussion um die Zukunft der WTO neu beflügelt. Die Lage ist ernst: US-Präsident Donald Trump hat bereits mit Austritt gedroht und missachtet offen die Prinzipien der Organi-

sation, die das multilaterale Handelssystem garantieren soll – etwa indem er Strafzölle gegen wichtige Handelspartner verhängte. Außerdem blockiert die US-Regierung die Ernennung neuer Mitglieder für das WTO-Streitschlichtungsorgan, dem damit Ende 2019 die Lähmung droht.

Dass sich traditionelle Befürworter und Nutznießer des WTO-Systems, vor allem die USA, nun abwenden, verleiht der schon länger laufenden Reformdebatte eine neue Dringlichkeit. Die EU und Kanada haben jüngst Reformvorschläge vorgelegt. Speziell für Entwicklungsländer bieten diese jedoch wenig Vorteile. Sie zielen größtenteils auf Begrenzung des Schadens für west-

liche Industriestaaten ab, der sich aus der Blockade des multilateralen Systems ergibt. Im globalen Süden werden sie daher auf Widerstand stoßen.

Im Bereich der Streitschlichtung enthalten die Reformen Zugeständnisse an die USA, gehen aber auch über die US-Forderungen hinaus. Die US-Kritik richtet sich speziell gegen die Tendenz der WTO-Berufungsinstanz, in der Streitschlichtung übers Ziel hinauszuschießen und die Rechte und Pflichten der Mitgliedsstaaten außerhalb des unmittelbaren Streitgegenstands zu definieren. Dieser juristische Aktivismus soll eingeschränkt werden. Andererseits plant die EU aber, die Berufungsinstanz mit mehr Ressourcen auszustatten und die Zahl der Richter zu erhöhen, was der US-Position zuwiderläuft. Die weitreichendsten Vorschläge zielen aber auf eine Reform des Sonderstatus von Entwicklungsländern, die Erweiterung des WTO-Regelwerks und die Ausweitung von Verhandlungen im multilateralen Rahmen ab.

Die EU kritisiert die unzureichende Differenzierung zwischen Entwicklungs-

ländern und fordert, speziell China den Entwicklungsstatus abzuerkennen. Aktuell beanspruchen zwei Drittel der WTO-Mitglieder – inklusive China – diesen Status. Damit profitieren sie von Ausnahmen bei Zollkürzungen, längeren Übergangsfristen und finanzieller Unterstützung. Zwar könnte eine stärkere Abstufung oder regelmäßi-

Außerdem würde der entwicklungspolitische Spielraum der WTO-Mitglieder weiter eingeschränkt, und viele Entwicklungsländer verweigern sich der Diskussion dieser Themen. Stattdessen fordern sie, zuerst im Rahmen der Doha-Runde für frühere Zugeständnisse, etwa die Schaffung von Regeln zum Schutz geistigen Eigentums im Rah-

in Untergruppen erzielte Handelsliberalisierung an alle WTO-Mitglieder weiterzugeben. Doch Entwicklungsländer sitzen meist nicht mit am Verhandlungstisch und üben somit keinen Einfluss auf die Regelsetzung aus. Ihre Interessen, zum Beispiel der Abbau von Agrarsubventionen, werden nicht diskutiert und die Bildung von Verhandlungskoalitionen erschwert.

Eine Aktualisierung des multilateralen Regelwerks ist dringend geboten, steht aber erst am Anfang und muss fundamentale Interessenskonflikte überwinden. Wenn es nicht nur um Schadensbegrenzung gehen soll, sondern darum, die WTO langfristig zukunftsfähig zu machen, führen die aktuellen Reformvorschläge nicht weit genug. Sie spiegeln eher die Partikularinteressen weniger einflussreicher Staaten wider.

Entwicklungsländer müssen auf diese Diskrepanz zwischen Schadensbegrenzung und Modernisierung hinweisen und sie mit eigenen Reformvorschlägen überwinden. Viel dieser Kritik am bestehenden System ist bekannt, die aktuelle Situation bietet jedoch die Chance, existierende und neue Vorschläge mit neuer Dringlichkeit zu präsentieren. Dies kann mit der Frage beginnen, was Entwicklungsländer sich von einem funktionierenden Streitschlichtungsorgan erhoffen. Die dringenden Reformen bieten etwa die Möglichkeit, die – von Entwicklungsländern wenig genutzte – Streitschlichtung anwendungsfreundlicher zu gestalten. Entwicklungsländer sollten auch eine stärkere Vertretung ihrer Interessen in multilateralen Verhandlungen fordern, um diese langfristig in das multilaterale System einzubetten.



WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo auf einer Pressekonferenz in Peking im November.

ge Überprüfung des Entwicklungsstatus für Entwicklungsländer Vorteile bieten, da diese bisher im Exportwettbewerb mit Schwellenländern wie China benachteiligt sind. Heikel ist die vorgeschlagene Reform aber, weil sie den Mitgliedsstaaten das Recht auf Selbsteinstufung nehmen würde.

Ähnliches gilt für Vorschläge zu Regeln gegen marktverzerrende Subventionen, Staatsunternehmen und erzwungene Technologietransfers, die das veraltete WTO-Regelwerk nicht enthält. Auch diese Maßnahmen richten sich hauptsächlich gegen China, dem die EU, USA und Japan marktverzerrende Praktiken vorwerfen. Entwicklungsländer, deren Exportprodukte mit den chinesischen konkurrieren, könnten auch hier mit profitieren. Das Hauptinteresse liegt jedoch bei den Industriestaaten.

men der vorangehenden Uruguay-Runde, entschädigt zu werden. Auch China wird es ablehnen, sich in Zukunft in der WTO zu rechtfertigen.

Insgesamt zielen die bisherigen Vorschläge nicht auf eine grundlegende Reform der WTO ab, sondern doktern an den Symptomen fundamentaler Spannungen im Handelssystem herum. Weil multilaterale Diplomatie komplex und langwierig ist, sind viele WTO-Mitglieder über die vergangenen Jahre auf bilaterale und regionale Abkommen ausgewichen. Die EU und die USA haben diesen Trend maßgeblich vorangetrieben und damit zugleich die Schwächung der WTO in Kauf genommen.

Für Entwicklungsländer ist dieses Vorgehen wenig nützlich. Zwar betonen die Reformvorschläge die Notwendigkeit, eine



FABIAN BOHNENBERGER
promoviert am King's College
London zu multilateraler
Handelspolitik.

fabian.bohnenberger@kcl.ac.uk
Twitter: @BohnenbergerF



CLARA WEINHARDT
ist Dozentin für International
Relations an der Hertie
School of Governance und
Non-Resident Fellow am

Global Public Policy Institute.
c.weinhardt@hertie-school.org
Twitter: @claraweinhardt

Drogenpolitik

Illegale Drogen sind gefährlich. Sie verursachen Krankheiten, Abhängigkeit, Kleinkriminalität und Prostitution. Leider lösen Verbote diese Probleme nicht. Tatsächlich sind sie schlimmer geworden, seit US-Präsident Richard Nixon vor 50 Jahren den „Krieg gegen die Drogen“ ausrief. Deshalb haben einige Länder neue Wege bei der gesetzlichen Regelung der Produktion, des Vertriebs und des Konsums von Rauschmitteln eingeschlagen. Ein Ziel ist dabei, den Schwarzmarkt zu blockieren, der das organisierte Verbrechen reich und mächtig werden ließ.

Legale Cannabisernte
trocknet in einem Lager-
haus in Pueblo, Colorado.

Neue Chance

Die illegale mexikanische Drogenwirtschaft spielt eine große Rolle in der Innen- und Außenpolitik des Landes. Die Kartelle kontrollieren ganze Gegenden; ihre Macht reicht bis ins Abnehmerland USA. Der Staat führt mit Hilfe des Militärs einen blutigen Kampf mit zehntausenden Todesopfern gegen sie. Die Hoffnung der Menschen ruht nun auf dem neuen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, der eine andere Politik versprochen hat.

Von Virginia Mercado

In Mexiko wird im Schnitt etwa jede Viertelstunde ein Mensch ermordet. Seit Beginn des Drogenkriegs im Jahr 2006 hat die Gewalt stetig zugenommen. Bisher starben nach Angaben von Vertrauten des neuen Präsidenten, der unter der Abkürzung AMLO bekannt ist, rund 240 000 Menschen. 2017 war das Jahr mit den bisher meisten Toten, und 2018 wird die Zahlen mit Sicherheit noch toppen. Die am stärksten betroffenen Bundesstaaten waren im August dieses Jahres Guanajuato und México in Zentralmexiko, Baja California im Westen und Chihuahua im Norden. Wie viele der Todesfälle unmittelbar mit dem Kampf gegen den Drogenhandel zu tun haben, ist schwer zu sagen. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Gewalt insgesamt stark zugenommen hat, seit die Regierung 2006 den Drogenkrieg erklärt hat.

Ziel war es, die Kontrolle über Gegenden zurückzugewinnen, die in die Hände des organisierten Verbrechens gefallen waren. Zu den größten Erfolgen gehörte die Festnahme mehrerer wichtiger Anführer großer Kartelle – was deren Macht jedoch nicht schmälerte: Die kriminellen Gruppen organisierten sich neu. Sie verfügen oft über mehr oder auch bessere – überwiegend in den USA gekaufte – Waffen als die staatlichen Sicherheitskräfte und nutzen diese auch ohne Skrupel.

Der Druck seitens der USA, den Drogenschmuggel aus Mexiko Richtung Norden zu unterbinden, hat die Politik der vergangenen drei Regierungen maßgeblich beeinflusst. Laut einer von Mexiko und den

USA gemeinsam in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2010 nehmen die Kartelle in den USA jährlich zwischen 19 Milliarden und 29 Milliarden Dollar ein.

Schon Vicente Fox, der von 2000 bis 2006 regierte und als erster Präsident seit sieben Jahrzehnten nicht dem Partido Revolucionario Institucional (PRI) angehörte, sondern dem rechten Partido Acción Nacional (PAN), ergriff einige Maßnahmen, um den Drogenhandel in den Griff zu bekommen. Unter anderem schuf er nach dem Vorbild des FBI in den USA die Bundespolizei AFI. Zudem richtete er das Sekretariat für Öffentliche Sicherheit ein. Es hat den Rang eines Bundesministeriums und soll Maßnahmen koordinieren. Den neuen Institutionen gelang es aber nicht, die Kartelle zu zerschlagen.

Als Felipe Calderón Hinojosa, der wie sein Vorgänger der PAN angehört, die Macht 2006 übernahm, führte er eine deutlich härtere Gangart ein. Er entschloss sich zur direkten Konfrontation der Banden, die um die Hoheit in verschiedenen Regionen kämpften und dabei sehr gewalttätig vorgehen. Kurz nach Amtsantritt rief der den Krieg gegen die Drogen aus. Sein Vorgehen hatte nur wenig Erfolg – und offenbarte zahlreiche Defizite im Sicherheitsbereich. Korruption ist weit verbreitet. Es zeigte sich, dass Mitarbeiter der Institutionen, welche



die Bandenkriminalität bekämpfen sollen, an ebendieser beteiligt sind.

Das Versagen zweier PAN-Regierungen in Folge bezüglich der organisierten Kriminalität brachte die PRI wieder an die Macht. Ihr traute man die nötige Erfahrung und Fähigkeiten zu, um mit den kriminellen Gruppen zu verhandeln und Frieden zu schaffen. Doch es kam anders. Enrique Peña Nieto, der 2012 zum Präsidenten gewählt wurde, hatte zwar ein anderes Vorgehen im Kampf gegen die Gewalt versprochen, setzte dann aber die bisherige Sicherheitspolitik fort. Im April 2018, drei Monate vor den jüngsten Kommunal-, Regional- und Präsidentschaftswahlen, musste er einräumen, gescheitert zu sein.

NEUE PERSPEKTIVEN

Frieden war abermals das wichtigste Wahlkampfthema. Das verletzte und wütende Volk entschied sich an den Urnen für AMLO, der für die Partei Morena (Movimiento de Regeneración Nacional) antrat



Der mexikanische Drogenboss Joaquín „El Chapo“ Guzmán bei seiner zweiten Festnahme 2014. Der ehemalige Chef des Sinaloa-Kartells brach zweimal aus dem Gefängnis aus, wurde aber 2017 an die USA ausgeliefert.

(siehe hierzu meinen Beitrag in E+Z/D+C e-Paper 2018/06, Debatte).

AMLO übernahm am 1. Dezember (kurz nach Redaktionsschluss unseres aktuellen Dezember-e-Papers) das Präsidentenamt. Er kritisiert die Politik seiner Vorgänger scharf und will Frieden schaffen, indem er die Korruption beendet. Als designierter Präsident sprach er sich unter anderem dafür aus, die Soldaten von den Straßen zu holen, da sie nicht für

polizeiliche Aufgaben da seien. Allerdings räumte er auch ein, dass die Polizei nicht die Kapazitäten hat, um mit aus sich selbst gestellt die Situation in den Griff zu bekommen – was ihm eine Welle der Kritik einbrachte.

Kurz nach seinem Wahlsieg rief AMLO einen Rat für Friedenssicherung und Versöhnung ein; wenige Tage später verkündete er acht politische Ansätze, die auf deren Vorschlägen beruhen:

- Grundsätzlich kritisierte der designierte Präsident, die bisherige Sicherheitspolitik habe die Probleme missverstanden. Laut AMLO liegen die Ursachen in der Wirtschaftspolitik und der großen sozialen Ungleichheit des Landes, was aber nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten habe.
- Am meisten Beachtung fand das Versprechen, das Volk nicht mit Waffen zu unterdrücken. Damit klagte Wahlsieger AMLO

Vermisste

Mexikos Drogenkrieg hat entsetzliche Folgen. Laut dem Länderbericht 2018 von Human Rights Watch verschwanden 32 000 Menschen zwischen 2006 und 2017, Opferverbände sprechen von aktuell sogar mehr als 35 000. In vielen Fällen sind staatliche Sicherheitskräfte am „Verschwindenlassen“ beteiligt – es sind aber erst 12 Menschen deswegen verurteilt worden.

International erregte die Entführung von 43 Studenten aus Ayotzinapa im September 2014 das meiste Aufsehen. Ihr Schicksal ist nach wie vor ungeklärt. Nach Behördenangaben wurden die Leichen verbrannt. Doch die Angehörigen der Opfer haben gute Gründe, dieser Version der Geschichte nicht zu trauen. Die Studenten sind nicht wieder aufgetaucht.

Wegen der weitgehenden Untätigkeit der Behörden machten sich Organisationen, die Angehörige anderer Vermisster vertreten, im ganzen Land auf die Suche nach den Verschwundenen. Zum Teil gruben sie selbst von Hand in der Erde. Sie fanden zahlreiche Massengräber, so dass die offizielle Zahl der in Mexiko registrierten Massengräber nun bei 1,307 liegt. Einige sterbliche Überreste konnten identifiziert werden, viele andere aber nicht.

Human Rights Watch weist außerdem auf außergerichtliche Tötungen und zunehmenden Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte hin. Bei einer Umfrage gaben demnach 58 Prozent aller Gefängnisinsassen an, gefoltert worden zu sein. Die allgemeine Menschenrechtslage hat sich

verschlechtert. trierte die Nationale Menschenrechtskommission 90 000 Vertriebene aufgrund von Gewalt. Andere Quellen zählen mehr als 300 000 Vertriebene in den Jahren 2009 bis 2017.

Fortschritte sind kaum zu verzeichnen. Polizisten sind schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Obendrein arbeiten sie ohne ausreichende Sicherheitsausrüstung und Bewaffnung. Ihre persönliche Sicherheit – und die ihrer Fa-

Beamten hängt oft davon ab, in einem Bandenkrieg den Sieger zu erraten. Zugleich haben die Gangster aber auch die nötige Finanzkraft, um Staatsdiener zu bestechen. Tom Wainwright, ein ehemaliger Mexiko-Korrespondent des Economist, hat das in seinem Buch „Narconomics“ sorgfältig beschrieben (Besprechung des Buchs auf S. 38 in dieser Ausgabe).

Jedenfalls begehen die Sicherheitskräfte selbst Menschenrechtsverletzungen, führen willkürliche Aktionen durch und machen Fehler, die Unschuldige das Leben kosten. Ihr Image in der Gesellschaft hat großen und möglicherweise irreparablen Schaden genommen. Es ist bezeichnend, dass die Menschen nicht wissen, was sie von der Aussage des Drogenbosses Joaquín „El Chapo“ Guzmán halten sollen, der in New York vor Gericht steht. Er sagte, die beiden vorigen Präsidenten Felipe Calderón Fournier und Enrique Peña Nieto seien mit viel Drogengeld geschmiert worden. El Chapo könnte natürlich lügen – aber ist das sicher? (vm)

QUELLE

Human Rights Watch, 2018: Länderbericht Mexiko (auf Englisch und Spanisch). <https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/mexico>



Gedenken an die Opfer des mexikanischen Drogenkriegs.

verschlechtert. Erpressung, Menschenhandel und Sklaverei gehören zur Arbeitsweise der Drogenkartelle. Journalisten und Politiker sind in Gefahr und Korruption und Straflosigkeit weit verbreitet.

Ein Problem, über das wenig gesprochen wird, ist die interne Vertreibung. 2016 regis-

trierten die Nationale Menschenrechtskommission 90 000 Vertriebene aufgrund von Gewalt. Andere Quellen zählen mehr als 300 000 Vertriebene in den Jahren 2009 bis 2017.

Fortschritte sind kaum zu verzeichnen. Polizisten sind schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Obendrein arbeiten sie ohne ausreichende Sicherheitsausrüstung und Bewaffnung. Ihre persönliche Sicherheit – und die ihrer Fa-

indirekt den Einsatz der Armee durch vorherige Regierungen an. Er will eine neue, besser ausgebildete Nationalgarde schaffen, doch den meisten Menschen wäre es lieber, wenn das Militär gar nicht beteiligt wäre.

SCHWER-VERSCHULDETE ARME LÄNDER

Korrektur: In unserem Schwerpunkt über die Geschichte der Strukturanpassungen (e-Paper 2018/08, Druckheft 2018/09-10) stand, HIPC bedeute „Highly Indebted Poor Countries“. Das ist falsch. Korrekt ist „Heavily Indebted Poor Countries“. Die Redaktion bittet Leser und Autoren für diesen Fehler um Entschuldigung.

- Für Aufsehen sorgte zudem die Ankündigung, politische Häftlinge freizulassen. Befürworter sehen darin einen Akt der Gerechtigkeit für Aktivisten und Oppositionelle, die zu Unrecht verurteilt worden waren; Kritiker hingegen befürchten, Straflosigkeit werde sich ausweiten.
- Ein weiterer Ansatz ist, den Opfern von Gewaltverbrechen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das könnte zur Bestrafung der darin verwickelten Staatsdiener führen.
- AMLO nimmt auch zwei frühere Strategien wieder auf: die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften mit speziellem Augenmerk auf Frieden und Menschenrechte sowie die Entschädigung von Opfern.
- Er will einen dauerhaften Friedensrat einsetzen.
- Schließlich könnte Bewegung in die bislang extrem restriktive Drogenpolitik Mexikos kommen.

Als designierte Innenministerin kündigte Olga Sánchez Cordero eine Reform zur Regulierung der Produktion und des Konsums von Cannabis an. Dabei soll Kommerzialisierung aber ausgeschlossen bleiben.

Im Wahlkampf stellte sich die Morena-Partei als Mexikos Hoffnung dar. Nun sind die Erwartungen riesig. Die Menschen wollen schnelle Ergebnisse sehen. AMLOs Gegenspieler aber werden jeden noch so kleinen Fehler nutzen, um die Macht zurückzuerobieren. Die neue Regierung verfügt nun zwar über großes politisches Kapital, das aber nicht nicht bedingungslos ist.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México (UNAM)
und Lehrkraft für Friedens-

und Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx

Legalisierung im Praxistest

Uruguay war das erste Land der Welt, das Anbau und Konsum von Marihuana vollständig legalisierte. Pessimisten sagten eine Zunahme von Drogensucht und Kriminalität voraus. Beides ist nicht eingetreten. Uruguay kann nun auf vier Jahre Erfahrung mit der Legalisierung einer Droge zurückblicken.

Von Sebastián Artigas

2014 legalisierte das Parlament von Uruguay die Droge Cannabis. Es gibt seitdem drei legale Wege für den Erwerb und den Konsum: Man kann Cannabis in Apotheken kaufen – allerdings nur nach vorheriger Registrierung und nur uruguayische Staatsbürger –, man darf es für den Eigengebrauch selbst anpflanzen oder in speziellen Clubs konsumieren.

Cannabis kann vor allem in zwei Formen konsumiert werden, als gepresstes Harz (Haschisch) und als getrocknetes Kraut (Marihuana). Der psychoaktive Effekt hängt vom Wirkstoff ab, nämlich vom

Gehalt an Tetrahydrocannabinol (THC). Der THC-Anteil variiert von etwa zwei bis 20 Prozent. Der Unterschied zwischen dem psychoaktiven und dem medizinischen Cannabis wird durch den prozentualen Anteil von THC festgelegt.

Seit der Legalisierung in Uruguay verliefen der Anbau für den Eigengebrauch und die Einrichtung der Cannabis-Clubs erfolgreich, aber der Verkauf durch Apotheken läuft nur langsam an. Der Grund liegt im Boykott großer internationaler Banken, die den beteiligten Apotheken in Uruguay Sanktionen androhten, falls sie Cannabis verkauften. Die Banken drohten zum Beispiel, die Konten der Apotheken zu schließen. Dies verlangsamte den Einstieg pharmazeutischer Ketten im Markt, was wiederum zu einem schwachen Verkaufsnetz im ganzen Land führte. Deswegen wächst der regulierte Markt für Cannabis nur langsam.

Außerdem verzögerten die Behörden die Umsetzung des Gesetzes. Erst seit Juli

2017 gibt es Marihuana in kleinen Päckchen zu fünf Gramm zu kaufen; die Kosten dafür liegen bei knapp über sechs Dollar. Jeder kann bis zu 40 Gramm im Monat kaufen.

Es gibt auch Fälle, dass Cannabis-Bauern im Landesinneren illegal durch die Polizei verfolgt wurden, obwohl sie sich gesetzeskonform verhalten hatten, was zum Teil auf falsche Anzeigen zurückzuführen war.

Im vergangenen Jahr führte die Regierung eine Kampagne der „Prävention und Sensibilisierung“ über den Gebrauch von Cannabis durch. Der Sekretär des nationalen Drogenausschusses, Diego Olivera, er-



klärte der Presse, dass die „Sensibilisierung notwendig und vom Gesetz vorgeschrieben“ sei.

UNTERNEHMEN UND KUNDEN

Der Staat vergibt Lizenzen für den Anbau von Cannabis für verschiedene Zwecke, inklusive zur Nutzung als Freizeitdroge. Für diese sind zwei Unternehmen registriert: Simbiosys und International Cannabis Corporation. Die Firma Fotmer S.A. erwarb die Lizenz zur Produktion von zehn Tonnen Cannabis pro Jahr zu wissenschaftlichen Zwecken. Medicplast S.A. hat eine Lizenz für medizinisches Cannabis und registrierte weitere zehn Unternehmen für die Produktion von Hanf.

Die Firmen für medizinisches Cannabis haben einen Verband gegründet, die „Cámara de empresas de cannabis medicinal“ (CECAM), mit mehr als 10 Organisationen und Projekten mit Investitionen von insgesamt rund 100 Millionen Dollar.

Laut der uruguayischen Regulationsbehörde IRCCA (Institute for Regulation and Control of Cannabis) wurden Ende Oktober 2018 folgende Zahlen registriert:

29 386 Käufer (in den Apotheken registriert), 6863 Cannabis-Pflanzer, 109 Clubs und 17 Apotheken (von insgesamt landesweit 1100), die psychoaktives Cannabis verkaufen. Seit Einführung des Cannabis-Verkaufs in Apotheken im Jahr 2017 wurden bis September 2018 landesweit 1200 Kilogramm psychoaktives Cannabis verkauft.

Laut der wissenschaftlichen Plattform Monitor Cannabis ist die tatsächliche Nachfrage in Uruguay aber viel höher, und der nationale Drogenausschuss schätzt, dass im Land über 160 000 Menschen Marihuana konsumieren. Das heißt, der legale Marktanteil beträgt nur 20 Prozent, der Rest stammt aus illegaler Produktion. Diego Olivera vom nationalen Drogenausschuss kommentiert diese Zahlen folgendermaßen: „Die Zahlen sind gut für eine erste Etappe, sie reichen aber nicht aus, wenn wir uns die gesamte Nachfrage anschauen.“

Die IRCCA veröffentlichte weitere Zahlen zu den in den Apotheken registrierten Cannabis-Käufern: 49 Prozent sind zwischen 18 und 29 Jahre alt, 34 Prozent sind zwischen 30 und 44 Jahre alt, und 17 Prozent sind älter als 45 Jahre. 70 Prozent der Cannabis-Käufer sind männlich, und 35 Prozent haben einen Hochschulab-



Marihuanaraucher in Montevideo, Uruguay.

schluss. Von den Menschen, die Cannabis für den Eigengebrauch anpflanzen, leben rund 70 Prozent im Landesinneren und der Rest in der Hauptstadt Montevideo.

SICHT DER DROGENNUTZER

Hernán lebt in Montevideo und konsumiert seit Jahren Cannabis zum Vergnügen, schon zu der Zeit, als es noch illegal war. Seit der Legalisierung ist es „einfacher geworden, Marihuana zu rauchen“, erzählt er. „Früher musstest du immer aufpassen, dass die Polizei dich nicht erwischt.“ Jetzt sei es viel entspannter, meint Hernán, und man komme viel leichter dran. „Nur die langen Schlangen in den Apotheken nerven etwas. Es gibt einfach zu wenige Apotheken, die Marihuana verkaufen. Aber man kann es auch per WhatsApp oder online vorbestellen.“

Allerdings meinen viele Konsumenten, dass das Marihuana aus der Apotheke „nicht besonders“ sei. Sie rauchen lieber in den Cannabis-Clubs vor Ort, wo die Qualität der Ware viel besser sei. Der Gedanke, dass jetzt der Staat nicht nur den Verkauf, sondern auch die Qualität und Potenz des angebotenen Marihuanas regelt, ist für viele Drogenkonsumenten sehr seltsam: „Wir bekommen nicht das beste Marihuana der Welt angeboten, obwohl das möglich wäre“, sagt Hernán. „Der Staat hält den Daumen

drauf, wie viel THC das Zeug enthält, das man in der Apotheke kaufen kann. Aber trotzdem ist besser als früher.“

Die Regierung des Bündnisses Frente Amplio, die die Legalisierung beschlossen hatte, überlegt bereits, wie sie das Thema für die nächste Wahlkampagne nutzen kann – etwa zur Modifizierung der bestehenden Regelungen. Nach wie vor besteht eine Unterversorgung vieler Regionen des Landes, weil zu wenige Apotheken Marihuana verkaufen. Ein weiteres Problem bleibt der Boykott der Banken. All dies führt dazu, dass der legale Markt nicht zügig ausgebaut werden kann. Diego Ferrer vom Parteienbündnis Frente Amplio meint: „Eines der Ziele dieses Gesetzes war, dass die Konsumenten sich ihr Marihuana nicht mehr illegal besorgen müssen. Dieses Ziel haben wir leider nicht erreicht.“

Von der Bevölkerung wird die Legalisierung akzeptiert und gut angenommen. Nachteile hat sie nicht gebracht, sondern für Konsumenten, Cannabis-Bauern und Apotheken nur Vorteile.



SEBASTIÁN ARTIGAS
ist Doktorand der Philosophie
und Psychologie an der
Universidad de la República
in Montevideo, Uruguay.

seba.hombrepensativo@gmail.com



Kokaernte in Putumayo.

„Drogen sind in der DNA unseres Landes“

In Kolumbien scheint der Krieg gegen die Drogen gescheitert: Trotz Milliardenausgaben floriert der Drogenhandel, und sowohl die Fläche der Kokafelder als auch der Konsum im Inland steigen. Julian Quintero tritt mit seiner zivilgesellschaftlichen Organisation Acción Técnica Social (ATS) für eine alternative Drogenpolitik ein. Er will Konsumenten nicht kriminalisieren, sondern aufklären.

Julian Quintero im Interview mit Julia Jaroschewski und Sonja Peteranderl

Welchen Einfluss haben Drogen auf Kolumbien?

Seit mehr als 40 Jahren sind Drogen hier ein alltägliches Thema. Der Marihuana-Markt ist in den 60ern entstanden, der Kokainmarkt kam in den 70ern und 80ern

in Schwung, und später kam auch Heroin dazu. Kolumbien ist weltweit eines der größten Herkunftsländer von psychoaktiven Rauschmitteln. Drogen sind in der DNA unseres Landes.

Das klingt extrem.

Tatsache ist, dass Drogen und Drogenhandel alle Gesellschaftsschichten durchdringen – von den ärmsten Bauern auf dem Land, über die Mittelklasse bis hin zur höchsten Stufe der Politik und Militär. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 900 Polizisten wegen Verbindungen zum Drogenhandel verhaftet, also fast drei pro Tag. Kolumbien produziert für die Welt zwei der wichtigsten stimulierenden Mittel: Kaffee und Kokain. Kaffee ist legal und wird international geschätzt, aber Kokain ist illegal und Anlass für viel Konflikt.

Warum war der Krieg gegen die Drogen trotz Milliardenaufwand plus Militärhilfe und Aufrüstung durch die USA nicht erfolgreich?

Weil er von einer Illusion ausging. Seit zwei Jahrzehnten tun unsere Regierungen so, als könne der Drogenhandel beendet werden. Keiner wollte zugeben, dass das nicht geht, denn das hätte bedeutet, dass sie uns all die Jahre eine unrealistische Idee verkauft haben.

Wie haben sich die Friedensverhandlungen mit der FARC-Miliz auf den Drogenhandel ausgewirkt?

Koka wird weiterhin angebaut. Es wurde versucht, alles rosa zu zeichnen. Präsident Juan Manuel Santos bekam den Friedensnobelpreis, weil er den Bürgerkrieg mit der FARC beendet hat. Doch seit Juni 2018 ist der konservative Iván Duque, der den Friedensvertrag ablehnt, sein Nachfolger. Ob weiter finanzielle Hilfe aus der EU oder den USA fließt, ist sein Problem. Es wurde zuletzt viel investiert, um das Koka-Problem zu lösen. Bauern wurden Anreize gegeben, vom Koka-Anbau auf Kaffee oder andere Produkte umzusteigen. Doch das Budget reichte nicht, und es gibt auch kein Produkt, für das eine ähnliche lukrative

Nachfrage bestünde wie für den Kokainrohstoff.

Für die Bauern bleibt das Drogengeschäft also die erste Wahl?

Wir haben in diesem Land das beste Klima, um Koka anzubauen. Zudem treibt Armut und Perspektivlosigkeit viele Menschen in das Drogengeschäft. Auf dem Land gibt keine gute Infrastruktur und kaum Bildungsangebote. Das nutzen die Drogenbanden aus. Leider setzt der Staat auf Gewalt statt auf soziale Inklusion. Zudem ist Korruption weit verbreitet; die Kartelle haben ja viel Geld. Schätzungsweise 20 Millionen Menschen weltweit konsumieren kolumbianisches Kokain, und die Nachfrage bleibt in Verbrauchsländern wie den USA stark. Folglich bleibt auch der Koka-Anbau wirtschaftlich attraktiv.

Was wäre eine Lösung?

Die bisherige Politik war nicht erfolgreich. Also sind neue Ansätze nötig. Unsere Projekte bei Acción Técnica Social setzen auf Schadensbegrenzung und Aufklärung. Wir arbeiten an einer Studie, wie man den Koka-inmarkt bis zum Jahr 2034 regulieren könnte. Dann könnte der Staat die Kontrolle über Produktion, Transport, Vertrieb und Konsum gewinnen. Bislang überlässt der Staat den Drogengangs und Kartellen den Markt. In einem regulierten Markt könnten Koka-Bauern einer legalen Tätigkeit nachgehen, Zwischenhändler würden ausgeschaltet, und der Koka-Anbau und die Qualität von Kokain könnten besser kontrolliert werden. Die Bedingungen für den legalen Bezug von Kokain – wer wie viel kaufen darf – müssten dann politisch festgelegt werden.

Drogen sind gefährlich – warum soll Regulierung besser sein als Verbote?

Es ist interessant zu beobachten, dass verschiedene Staaten weltweit dazu übergehen, Drogenmärkte zu regulieren, um die Schäden zu begrenzen. Das hat zwei Dimensionen: Erstens geht es darum, die Gesundheit der Verbraucher so gut wie möglich zu schützen, und zweitens darum, der organisierten Kriminalität einen Teil ihres hochprofitablen Geschäftsfeldes zu nehmen. Beides funktioniert. In den 30er Jahren haben wir das mit der Legalisierung von Alkohol gesehen, in den letzten Jahren geschieht das bei Cannabis. Seitdem der US-Staat Colorado Cannabis legalisiert hat, sind dort



alle Problemindikatoren rückläufig, aber die Staatseinnahmen sind gestiegen. Verschiedene europäische Länder und Kanada experimentieren mit der kontrollierten Abgabe von Heroin an Süchtige – auf ärztliches Rezept etwa. Obendrein bekommen Abhängige sterile Spritzen, und es werden ihnen Räume zur Verfügung gestellt, damit sie das Rauschmittel in einem sicheren Umfeld konsumieren. Damit gibt es gute Erfahrungen, und ATS macht das in Kolumbien auch. Der Schwarzmarkt lässt sich nicht völlig verhindern, aber er kann stark begrenzt werden.

Lässt sich der Schaden von Drogenkonsum kurzfristig reduzieren?

Wir waren die Ersten in Lateinamerika, die Drogenanalysen bei Musik-Festivals angeboten haben. Wir informieren die Leute, welche Wirkung Drogen haben, und testen die Rauschmittel. Dann können sie selbst entscheiden, ob sie die Drogen nehmen oder nicht. Festivalveranstalter heuern uns an, weil sie die Gesundheitsrisiken reduzieren wollen. Unser Angebot ist billiger, als vier Krankenwagen und fünf Ärzte bereitzuhalten und dennoch einen Todesfall in Kauf zu nehmen.

Qualitätstests für illegale Drogen – warum lassen die Behörden das zu?

Wir hatten tatsächlich dafür von Anfang an staatliche Unterstützung. Das Projekt war 2007 Teil der nationalen Drogenstrategie. Unser Modell beruht auf dem Vertrauen der Drogenkonsumenten. Sie teilen uns mit, was sie gekauft haben – und wir geben ihnen Informationen, die ihrer Gesundheit zugutekommen. Wir haben mehr als 4200 Proben – vor allem von Ecstasy, LSD und Kokain – analysiert, so dass wir Trends auf dem illegalen Markt erkennen können. Unsere Beziehungen zur Polizei sind gut. Aufgrund unserer Informationen warnt sie

Menschen, wenn gefährliche Substanzen im Umlauf sind.

Hat das kolumbianische Kokain tatsächlich so eine hohe Qualität, wie viele behaupten?

Es gibt Luxus-Kokain und durchschnittliches Kokain, das man auf der Straße kaufen kann. Für Letzteres zahlt man umgerechnet vielleicht zwei Dollar pro Gramm. Luxuskokain kostet fünf bis sechs mal mehr. Nirgendwo sonst ist Kokain so billig. Kokain vom Straßendealer ist oft schlecht. Meist ist es mit mindestens vier Stoffen gestreckt. Koffein ist fast immer dabei, auch die Arzneimittel Lidocain, Xylocain, Levamisol und Paracetamol sowie schlichter Glukosezucker sind gebräuchlich. Bei einem Straßendealer beträgt die Kokainkonzentration vielleicht 50 Prozent und manchmal sogar weniger als 15 Prozent. Die höchste Luxusqualität, die wir gefunden haben, war 98 Prozent Kokain.

Der neue Präsident Iván Duque ist ein konservativer Hardliner. Was bedeutet das für die Drogenpolitik?

Die Position von Iván Duque im Wahlkampf war gegen Fortschritte in der Drogenpolitik gerichtet. Er ist gegen die staatliche Regulierung von Cannabis, ob zu medizinischen Zwecken oder als Freizeitvergnügen. Er lehnt auch den Ansatz der Schadensbegrenzung ab. Er will zur Vernichtung von Kokafeldern mit Glyphosat zurückkehren. Noch ist aber nicht klar, wie er tatsächlich handeln wird, welche Versprechen er halten wird. Um zu gewinnen, musste er viele Bündnisse, komplexe Verpflichtungen und undurchsichtige Absprachen eingehen. Der globale Trend in der Drogenpolitik weist in die andere Richtung. Ich hoffe, dass formelle Dialogkanäle entstehen und auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen diskutiert wird.



JULIAN QUINTERO
ist Exekutivdirektor der zivilgesellschaftlichen Organisation Acción Técnica Social (ATS) in Kolumbien.

Sie tritt für eine alternative Drogenpolitik ein.
info@corporacion-ats.com

Das European Journalism Centre (EJC) hat die Recherchen von Julia Jaroschewski und Sonja Peteranderl in Kolumbien unterstützt.

Verbot macht Verbrecher reich

Weil sich Verbote als kontraproduktiv erwiesen haben, fordert die Transform Drug Policy Foundation im Bristol einen Politikwechsel. Wie Steve Rolles von Transform betont, muss Gesundheitsschutz Priorität haben.

Steve Rolles im Interview mit Hans Dembowski

Der Ruf des UN Office on Drugs and Crime (UNODC) ist nicht besonders gut. Woran liegt das?

Das Grundproblem ist, dass es ein Büro für Drogen und Kriminalität statt eines für Drogen und Gesundheit ist. Alkohol und Tabak sind auch gefährliche, süchtigmachende Drogen, aber bei den UN ist die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) dafür zuständig. Mit großem Erfolg kümmert sie sich um die Reduzierung von Gesundheitsrisiken. Dagegen zielt das UNODC, das im Kern der polizeilichen Verbrechensbekämpfung dient, darauf ab, illegale Drogen wie Opiate, Kokain, Cannabis und diverse synthetische Drogen ganz zu eliminieren. Das läuft nicht gut, denn der Ansatz ist falsch.

Gibt es denn Fortschritte?

Nein. Vor zehn Jahren haben die für Drogenkontrolle zuständigen UN-Institutionen zuletzt erklärt, das Ziel sei eine rauschmittelfreie Welt, und es werde innerhalb eines Jahrzehnts erreicht. Seither hat sich die Opiumproduktion aber ungefähr verdoppelt, und die Kokainproduktion ist um etwa ein Drittel gestiegen. Wir haben keine Zahlen über den Cannabisanbau, aber es heißt, er sei wie der Verbrauch gestiegen. Das Ziel einer drogenfreien Welt rückt in immer weitere Ferne. Aus Sicht der Transform-Stiftung ist es Zeit, einzugestehen, dass es eine irreführende und möglicherweise schädliche Fantasie ist.

Gibt es Zahlen über die Größe des globalen Schwarzmarkts?

Es ist unmöglich, sich ein präzises und aktuelles Bild zu verschaffen, denn organisierte Verbrecher veröffentlichen keine Geschäftsberichte wie multinationale Konzerne. Wir

wissen aber, dass die höchsten Profite in den hochentwickelten Staaten anfallen, wo die meisten Drogen konsumiert werden. Wir wissen auch, dass die oberste Hierarchieebene der Banden das meiste Geld einsteckt. Diese Leute leben in Sicherheit, kommen selten vor Gericht und profitieren von Geldwäsche und Steueroasen. Dagegen leben die Bauern in den Produktionsländern und die Kriminellen der unteren Ebenen prekär. Laut UNODC beläuft sich der weltweite Umsatz mit illegalen Drogen vermutlich auf 300 Milliarden bis 400 Milliarden Dollar.

Zum Vergleich: 2016 betrug der weltweite Umsatz der deutschen Autoindustrie rund 450 Milliarden Dollar. Autos sind selbstverständlich im Gegensatz zu Drogen legal. Was bedeutet das für das Drogenangebot?

Das Geschäft ist sehr riskant, also neigen Verbrecher dazu, die profitabelsten Varianten zu beschaffen, und das sind auch die stärksten und gefährlichsten. Es ist nicht schwer, in London Heroin zu kaufen, aber Opiumtee ist nicht erhältlich. Crack-Kokain ist auf den Straßen leicht zu bekommen, aber Cocablätter werden Sie nicht finden. Prohibition drängt den Drogenhandel zu den gefährlichsten Präparaten, unterbindet ihn aber nicht.

Grundsätzlich ist das bei Alkohol auch so, der in verschiedenen überwiegend muslimischen Ländern verboten ist. Dort ist das Interesse an hochprozentigem Whisky meist groß, aber Bier praktisch kein Thema.

Genau, und so war das auch während der Alkoholverbote in den USA in den 1920er Jahren. Von der Mafia kontrolliert, entstand ein Markt für hochprozentigen, hochprofitablen Schnaps. Als das Verbot fiel, wandten sich viele Verbraucher dann wieder Bier und Wein zu. Tatsächlich ziehen Konsumenten oft mildere Drogen vor, wenn sie diese denn bekommen. Das ist ein Grund, allerdings nicht der einzige, weshalb Prohibition destruktiv ist. Es ist klüger, den Drogenhandel rechtlich zu regulieren als ihn völlig zu verbieten. Wenn Sie beispielsweise hochprozentige Getränke stärker besteuern als niedrigprozentige, ist das ein Anreiz, von harten Drinks wegzubleiben. Wenn Staaten ihre Regulierungsmöglichkeiten klug nutzen, fördern sie den weniger gefährlichen Verbrauch weniger gefährlicher Substanzen. Verbote bewirken das Gegenteil.

Aber halten Verbote Menschen nicht von vornherein vom Konsum ab? Alkohol ist in Saudi-Arabien verboten, und dort wird pro Kopf sicherlich viel weniger Alkohol konsumiert als in Deutschland.

Ja, aber was bedeutet das? Die Erfahrung lehrt, dass Prohibition manchmal gelingt, solange die Nachfrage nach einer bestimmten Droge in einer Gesellschaft noch nicht verankert ist. Sobald das passiert, bedeuten



Ladentheke in Winnipeg: Cannabis ist in Kanada legal, aber Werbung dafür ist verboten.

aber Verbote, dass das organisierte Verbrechen die Kontrolle übernimmt. Auch extreme Repression hilft dagegen nicht. Wir wissen doch, dass Drogen selbst in Hochsicherheitstrakten von Gefängnissen erhältlich sind. Wirklich wichtig ist dagegen der soziale und kulturelle Kontext. Dass der Alkoholverbrauch in muslimisch geprägten Ländern generell deutlich niedriger ist, entspricht religiösen Normen.

Können Regierungen mit intelligenter Politik die Ablehnung von Drogen verstärken?

Ja, denken Sie zum Beispiel an Tabak. Während der Konsum illegaler Drogen steigt, rauchen in Europa und Nordamerika immer weniger Menschen Zigaretten. Das liegt an Aufklärung, der Pflicht zu Gesundheitswarnungen, der Begrenzung von Werbung, schlichten Verpackungen, Rauchverboten an öffentlichen Plätzen, Besteuerung und andere Maßnahmen. Rauchen ist heute ein Stück weit geächtet, aber weder Konsumenten noch Händler sind kriminalisiert.

Sie wollen aber doch sicherlich nicht Kokain oder Heroin in der EU wie Zigaretten in Supermärkten verkaufen lassen?

Nein, wir brauchen abgestufte Konzepte für die Drogenregulierung. Es gibt keine Formel, die auf alles passt. Gefährlichere Drogen müssen strenger reguliert werden, und manche Präparate dürfen gar nicht erhältlich sein. Crack-Kokain sollte verboten bleiben, aber Kokain-Pulver könnte für registrierte Verbraucher in Apotheken erhältlich werden, während Cocablätter oder Energydrinks auf Cocabasis mit niedrigerer Konzentration in Spezialgeschäften verkauft werden könnten. In ähnlichem Sinn könnten Ärzte Abhängigen Heroin verschreiben, womit die Schweiz und Britannien übrigens schon gute Erfahrungen gemacht haben. Opiumrauchen ist weniger gefährlich und könnte eingetragenen Mitgliedern in Clubs mit Sonderlizenz erlaubt werden. Cannabis ist die am weitesten verbreitete illegale Droge. Sie ist nicht harmlos, es gibt aber funktionierende Modelle, sie legal zugänglich zu machen. Die Niederlande, Spanien, mehrere US-Staaten, Uruguay und kürzlich Kanada waren Wegbereiter, und weitere Länder werden ihnen folgen. Drogen sind sehr unterschiedlich, und die Gesetzgebung muss das berücksichtigen. Es ist aber auch klar, dass keine von ihnen beworben werden darf, wie das früher bei

Tabakprodukten der Fall war und mit Alkohol manchmal noch geschieht. Werbung, Markenbildung und Marketing müssen konsequent begrenzt werden. Kommerzielle Firmen wollen Profite maximieren, aber verantwortliche Politik muss Risiken reduzieren und möglichst den Nutzen für Verbraucher und die Märkte, die sie versorgen, optimieren. Prohibition tut das nicht – im Gegensatz zu gesundheitswissenschaftlich aufgeklärter Regulierung.

Welche Nebenwirkungen hat Prohibition auf Staatlichkeit?

In erster Linie macht sie die organisierte Kriminalität reich und mächtig, was wiederum zu Korruption und Gewalt führt. Im Extremfall unterhöhlt sie die Sicherheit so sehr, dass ganze Staaten fragil werden. Ein Beispiel ist Guinea-Bissau in Westafrika, das zu einem wichtigen Transitland für latein-amerikanisches Kokain auf dem Weg nach Europa geworden ist, was das Staatswesen weiter geschwächt hat. Besser bekannt sind die Beispiele Afghanistan, Kolumbien und Mexiko, wo die Drogenökonomie ebenfalls Behörden untergräbt und für permanente Gewalt sorgt. Es ist sehr schwer geworden, Frieden zu schaffen und die Wirtschaft zu entwickeln. Internationale Entwicklungsorganisationen versuchen schon lange, Alternativen zu fördern – etwa den Anbau von Gemüse oder Obst statt Coca. Aber selbst wenn das an einem Ort gelingt, bringt das wenig, weil die Kartelle ihren Rohstoff leicht anderswo beschaffen können. Wir müssen auch an das Wohlergehen aller der Millionen marginalisierter Menschen denken, deren Broterwerb heute von der illegalen Drogenwirtschaft abhängt.

Hatte der Krieg gegen die Drogen denn irgendwo Erfolg?

Nein, jedenfalls nicht in dem Sinn, dass irgendein Land drogenfrei geworden wäre.

Angesichts des fehlenden Erfolges scheint es bizarr, dass die internationale Staatengemeinschaft an diesem Ansatz festhält. Woran liegt das?

Eine Wurzel des Problems ist, dass die Verbotstrategie schon in den 1960er Jahren ergriffen wurde. Die einschlägigen UN-Abkommen, die zum Teil schon in den 1940er und 1950er Jahren formuliert wurden, spiegeln die Haltung der damaligen Regierungen der reichen Nationen wider. Seither hat

sich die Welt aber gesellschaftlich, kulturell und politisch dramatisch geändert. Die Drogennachfrage ist extrem gestiegen, aber die Grundlage der internationalen Drogenpolitik hat sich nicht weiterentwickelt. Versuche, die Drogen zu eliminieren, unterhöhlen heute Menschenrechte und Sicherheit, verursachen Krankheit und Tod. Sie machen es in vielen Weltgegenden unmöglich, die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele der UN zu erreichen. Die Situation ist wirklich eigenartig. UN-Institutionen, die sich um Menschenrechte, Gesundheit oder Entwicklung kümmern, sitzen in Genf und sprechen das systematische Versagen der Drogenpolitik auch an. Aber historisch ist ihr Kontakt zu den UN-Drogen-Institutionen in Wien schwach, und Letztere haben eine Bunkermentalität. Offensichtlich sind umfassende Reformen nötig. Die dysfunktionale und überkommene UN-Drogenpolitik muss weiterentwickelt werden; Mitgliedsländer müssen Regulierungsoptionen testen können. Die WHO sollte sich um Drogen ebenso wie um Alkohol und Tabak kümmern. Sie sind in erster Linie Gesundheitsprobleme und sollten als solche behandelt werden.

Was bedeutet es, dass Uruguay, Kanada und mehrere US-Staaten Cannabis legalisiert haben?

Es zeigt vor allem, dass der Politikwechsel möglich ist – und zunehmend unvermeidlich wird. Politisch ist das alles recht schwierig, denn Regierungen scheuen nach Jahrzehnten populistischer Drogenkriegsrhetorik davor zurück, das Scheitern einzugestehen. Nach so viel Angstmache leuchten Legalisierung und Regulierung vielen Menschen nun mal nicht auf Anhieb ein. Es stimmt aber, dass der Krieg gegen die Drogen ins Desaster geführt hat und dass Regulierung für alle Beteiligten – mit Ausnahme der Mafia – die bessere Alternative ist.



STEVE ROLLES

ist Senior Policy Advisor der unabhängigen Transform Drug Policy Foundation in Bristol. Er hat auch zur Arbeit

der Global Commission on Drug Policy beigetragen (siehe Beitrag von Eleonore von Bothmer in E+Z/D+C e-paper 2018/11, Monitor).

twitter: @stevetransform
<http://www.tdpf.org.uk/>



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



◀ www.facebook.com/development.and.cooperation

The screenshot shows the Facebook profile of 'D+C Development and Cooperation'. The page features a cover photo of a colorful building with a sign that reads 'EL PARAISO'. The profile picture is the 'D+C' logo. The page has 214,532 likes and 214,479 followers. A post by 'D+C Development and Cooperation' is visible, featuring a photo of a group of people and the text: 'In "Why nations fail", economist Daron Acemoglu and political scientist James A. Robinson analyse the interaction of economics and politics to understand the reasons of a nation's success.' The right sidebar includes a search bar, a link to 'Zeitschrift in Frankfurt am Main', and a 'Community' section with 214,532 members. The bottom of the page shows a 'People' section with a link to '214,532 Gefällt mir-Angaben'.



Trauriger Rekord

Produktion und Handel illegaler Drogen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Afghanistan. Im Süden des Landes wird in knapp 85 Prozent der Dörfer Schlafmohn angebaut. Der Landbevölkerung des extrem unsicheren Landes sichert er ein regelmäßiges und einigermaßen stabiles Einkommen. Ertragschwankungen haben weniger mit politischen Maßnahmen als mit den Witterungsbedingungen zu tun.

Von Janet Kursawe

Afghanistan ist seit mehr als 25 Jahren das Hauptanbaugebiet von Schlafmohn und der Hauptlieferant von Opium, Heroin, Morphin und anderen Opiaten. Im vergangenen Jahr wuchs die Gesamtanbaufläche für

ventionen im Drogensektor zurückzuführen – vielmehr rühren Ernterückgänge in manchen Jahren von ungünstigen Wetterlagen her. Auch die Handelsstrukturen spielen eine Rolle: Der Drogenmarkt funktioniert wie jeder freie Markt nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage und reagiert auf ein hohes Angebot an Opiaten mit fallenden Verkaufspreisen. Um diese Schwankungen ausgleichen zu können, muss der Drogenmarkt über eine Drosselung des verfügbaren Angebots reguliert werden.

Großhändler und Schmuggelkartelle halten Opiate in geheimen Lagern zurück, um das Angebot künstlich zu verknappen. Schätzungen belaufen sich auf eine Opiumreserve von 10 000 bis 15 000 Tonnen. Da der Stoff nicht schlecht wird, können

7 600 bis 7 900 Tonnen Opium in Heroin umgewandelt werden und damit eine beispiellose Menge auf dem globalen Drogenmarkt landen. Das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) geht davon aus, dass in diesem Jahr etwa 550 bis 900 Tonnen Heroin mit einem sehr hohen Reinheitsgrad von 50 bis 70 Prozent den weltweiten Heroinmarkt erreichen. Damit lassen sich hohe Preise erzielen, denn besonders auf den lukrativen Nachfragemärkten in Westeuropa gilt: je höher der Reinheitsgrad, umso höher der Preis pro Gramm Heroin.

BIS ZU EINEM DRITTEL DER WIRTSCHAFTS-LEISTUNG

In Afghanistan selbst ist der Drogensektor schätzungsweise zwischen 4,1 und 6,6 Milliarden Dollar wert und stellte damit 2017 20 bis 32 Prozent des afghanischen Bruttoinlandsproduktes dar. Im Vorjahr lag der Anteil nur bei sieben Prozent. 2017 gab es 354 000 Vollzeitarbeitsstellen im Drogengeschäft, dazu kamen zahlreiche Gelegenheitsjobs.

Zwar ist die Differenz zwischen den Gewinnen aus dem Opiumanbau und dem Anbau alternativer legaler Produkte wie Weizen, Reis, Mais oder Tomaten deutlich gesunken. Doch die Bauern halten am Schlafmohn fest, da sie auf sein stabiles Preisniveau vertrauen. Nicht nur beim Anbau und der Ernte wird Geld verdient. Arbeitsplätze gibt es auch im Transport, Handel und der chemischen Herstellung von Opiaten.

In den strukturschwachen, landwirtschaftlich geprägten Gebieten Afghanistans hängt ein erheblicher Teil der Menschen vom Schlafmohnanbau und der Drogenproduktion ab. In den westlichen und nördlichen Regionen wird in einem Drittel aller Dörfer Schlafmohn angebaut, im Westen ist es mehr als die Hälfte, und im Süden sind es sogar knapp 85 Prozent der Dörfer. Der Drogenanbau bietet nicht nur den Bauern ein gesichertes Einkommen, sondern auch vielen Tagelöhnern, Arbeitssuchenden, Wanderarbeitern und heimgekehrten Flüchtlingen, vornehmlich aus den Nachbarstaaten Iran und Pakistan.

Die florierende Drogenökonomie wird auch von der weiterhin schlechten Sicherheitslage im Land beflügelt. Zum einen hat sich das illegale Geschäft seit Jahrzehnten professionell organisiert und ist inzwischen



Afghanische Bauern bei der Opiumernte.

Schlafmohn in dem Land um 63 Prozent auf 328 000 Hektar und erreichte damit einen neuen Rekord. Hochburgen sind die südlichen Provinzen Kandahar, Uruzgan und Helmand.

Die Anbau- und Produktionszahlen schwanken von Jahr zu Jahr. Das ist allerdings weniger auf gezielte politische Inter-

Schmuggelnetzwerke damit jederzeit den globalen Drogenmarkt manipulieren. Außerdem werden ständig neue Substanzen mit unterschiedlichen Zusammensetzungen von Opiaten entwickelt, um den Markt zu beleben.

Wegen der Rekordernte im Jahr 2017 könnten Schätzungen zufolge aktuell etwa

weitgehend immun gegen jegliche Bekämpfungsmaßnahmen – die aber ohnehin nur spartanisch und punktuell durchgeführt werden. Die Politik, ehemalige Warlords bewusst in das neue politische System und die Regierung zu integrieren und ihnen wichtige Machtpositionen zuzugestehen, hat dazu geführt, dass diese als legale politische Akteure agieren konnten, de facto aber in das illegale Wirtschaftsgeflecht der Drogenökonomie eingebunden blieben. So konnten sie wichtige Patronage-Funktionen im Drogensektor übernehmen und in der Hierarchie aufsteigen.

Ehemalige Warlords nahmen von höchster staatlicher Stelle Einfluss auf die neu geschaffenen Institutionen der Drogenbekämpfung – allen voran die Sicherheitskräfte – und torpedierten Maßnahmen wie Verhaftungen, Zerstörung von Feldern, Aufspüren von Schmuggelringen und Sicherstellungen größerer Drogenmengen. Diese Patronage von allerhöchster politischer Ebene hat nicht nur den Drogenmarkt angeheizt, sondern auch die Glaubwürdigkeit



der Regierung stark beschädigt. Es blieb bei symbolischen Maßnahmen der Vernichtung von Feldern in kleinem Stil und der Verhaftung von Schlafmohnbauern und Drogenhändlern auf unteren Ebenen.

Weil sich der Anbau seit Jahrzehnten auf die Südpervenzen konzentriert, wo sich auch das traditionelle Einflussgebiet der Taliban und anderer aufständischer Gruppen befindet, hat sich die Behauptung festgesetzt, die Drogenökonomie diene vor allem als deren Finanzierungsquelle. Diese Lesart greift aber viel zu kurz und ignoriert die

Komplexität der nationalen und regionalen Drogengeschäfte. In der Tat profitieren die Taliban und andere Aufständische davon. Aber sie stellen nur eine Gruppe unter vielen Nutznießern dar. Regionale Milizenführer, Mullahs und Dorfälteste bis hin zu hochrangigen Amtsträgern auf Ebene der Provinz- und Zentralregierung nehmen landesweit als Empfänger von Schutzgeldern und Zöllen einen Teil der Drogengelder ein.

Außerdem wird der größte Teil der Profite aus dem Drogenschmuggel außerhalb Afghanistans verdient. Auf der wichtigsten Route nach Westeuropa, der sogenannten Balkanroute, dominieren türkische und kurdische Mafiaorganisationen und Clans das illegale Geschäft.



JANET KURSAWE

lehrt politische Soziologie und Drogenpolitik an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in

Bochum.

kursawe@evh-bochum.de

Internationale Verantwortung

Die internationale Gemeinschaft ist mit daran schuld, dass sich die afghanische Drogenwirtschaft derartig professionell entwickeln konnte. Viel zu spät haben internationale Beteiligte erkannt, dass die Einbindung von „Drogenbaronen“ in die Regierung vor allem den eigenen Anstrengungen zum Aufbau neuer staatlicher Strukturen und der Sicherheitskräfte zuwiderliefen.

Als man halbherzig versuchte, diesen Fehler zu korrigieren und Patronagefiguren aus ihren Ämtern zu entheben, war es zu spät. Es hatte sich längst ein professionell und verdeckt agierendes Schmuggelnetzwerk unter systematischer Protektion von höchster Regierungsebene entwickelt, das bestens an die politischen

und wirtschaftlichen Schaltstellen angebunden war.

Allein die USA haben seit 2002 mehr als 7,5 Milliarden Dollar in die Drogenbekämpfung in Afghanistan investiert. Deutschland gibt

jährlich 5 Millionen Euro an Hilfgeldern für die Förderung von alternativem Anbau legaler landwirtschaftlicher Produkte in dem Land aus. Eine gründliche Evaluation der Effekte dieser Maßnahmen bleibt häufig aus. Die Entwicklungen zeigen jedoch, dass Alternativen von den Bauern zwar genutzt werden, aber in ihrer Wirkung

nicht ausreichen, um die zum neuen ordnungspolitischen System in Afghanistan gewordene Drogenökonomie zu zerschlagen.

Der Drogensektor ist untrennbar mit den Staatsbildungsprozessen seit 2001 verbunden, weil sich politische Schlüsselakteure darauf verstanden, sich mit Drogen eine Machtbasis zu sichern. Die Drogenwirtschaft lässt sich deshalb nur ganzheitlich bekämpfen: Entwicklungspolitische Maßnahmen müssen zunächst auf strukturelle Ursachen abzielen. Die bisherige Fokussierung auf die Bekämpfung von Drogenanbau, -produktion und -handel im Rahmen der Aufstandsbekämpfung konnte daher nur zum Misserfolg führen. Es wird Jahrzehnte brauchen, um die in mehr als 30 Kriegsjahren gewachsene Drogenindustrie substanziell zurückzudrängen. (jk)



Afghanische Sicherheitskräfte bereiten die Verbrennung beschlagnahmter Drogen vor.

Eskalation der Rauschgift-Krise

Der Iran erscheint für gewöhnlich mit dem Atomabkommen, wegen seines umstrittenen Raketenprogramms oder der internationalen Sanktionen in den Schlagzeilen. Weniger Aufmerksamkeit erregen tiefe inneriranische Probleme wie der in den vergangenen zehn Jahren drastisch gestiegene Drogenkonsum.

Von Mitra Shahrani

Berichte und Statistiken aus dem Iran legen nahe, dass die Regierung damit gescheitert ist, die Eskalation einer Krise abzuwenden. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hält die Situation im Iran für eine der bedenklichsten weltweit. Vor allem der Missbrauch von Opiaten gibt Anlass zur Sorge.

Irans Drogenprobleme sind komplex. Hin und wieder sorgen sie im eigenen Land, mitunter auch international für Aufsehen. Im Juni 2017 gab Irans Zentrale Drogenkontrollstelle bekannt, dass einer repräsentativen Studie zufolge 2,8 bis 3 Millionen Iraner zwischen 15 und 65 Jahren drogenabhängig seien. Beobachter schätzen ihre Zahl noch höher. Doch schon die offiziellen Daten zeigen, dass sich der Drogenmissbrauch innerhalb von sechs Jahren verdoppelt hat. Im August 2016 deckte ein Mitglied des Sozialausschusses des Parlaments auf, dass manche Abhängige gerade einmal 11 Jahre alt sind.

Ein besonders beunruhigender Trend ist der zunehmende Drogenmissbrauch unter Frauen und Kindern. Mitunter bringen drogensüchtige Mütter abhängige Babys zur Welt. Diese Neugeborenen haben eine kurze Lebenserwartung oder müssen einen schwierigen Entzug durchleben.

Ältere drogensüchtige Kinder kommen typischerweise aus mittellosen Familien, die in den heruntergekommenen Gegend am Rande der Städte leben. Sie sind dort ständig Betäubungsmitteln ausgesetzt. Manche verkaufen Drogen im Auftrag ihrer Familie oder beschaffen sie für ihre Eltern.

Vermutlich ist Armut ein wichtiger Grund für Drogenmissbrauch, aber nicht alle Abhängigen sind arm. Die Eskalation gleicht einer nationalen Epidemie und

betrifft Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund. Die Mittelschicht mag illegale Substanzen als Freizeitdrogen nutzen. Hoffnungslosigkeit scheint für den wachsenden Missbrauch jedoch eine bedeutende Rolle zu spielen. Verzweiflung ist im Iran weit verbreitet und wächst mit fehlenden ökonomischen Perspektiven und politischen Alternativen. Wirtschaftliche Not – das Resultat von jahrzehntelangem Missmanagement und Korruption – sowie internationale Sanktionen haben einen starken psychologischen Effekt auf die Gesellschaft.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist Irans geografische Nähe zu Afghanistan, dem Zentrum der Opiumproduktion. 90 Prozent der weltweiten Schlafmohnernte stammt aus dem Nachbarland, das eine 921 Kilometer lange Grenze mit dem Iran hat. Die Schmuggelrouten führen durch den Iran, und verschiedenste Rauschmittel sind dort leicht zu haben.

Laut Parviz Afshar, Sprecher der Zentralen Drogenkontrollstelle, ist Opium das am häufigsten gebrauchte Rauschgift im Iran und macht etwa zwei Drittel der Gesamtmenge des Drogenkonsums aus. An zweiter Stelle stehen heute mit etwa 12 Prozent Marihuana und dessen Derivate. Sie haben die Methamphetamine abgelöst.

Es wird angenommen, dass Cannabisprodukte vor allem von Jüngeren konsumiert werden, die auch freier darüber sprechen als andere Drogenkonsumenten. Offener Austausch in sozialen Netzwerken und die Legalisierung von Cannabis in Teilen der westlichen Welt haben zu dessen Popularität im Iran beigetragen, glaubt Abbas Deylamizadeh, der Chef der regierungsunabhängigen Rebirth Charity Society. Hanfplanzen lassen sich außerdem zu Hause anbauen.

POLITIKWECHSEL

Seit der Revolution von 1979 versuchte die iranische Regierung, Drogenanbau und -konsum sowie Alkoholkonsum zu unterbinden. Nach dem im Iran geltenden islamischen Recht ist all das verboten. Die



Eine iranische Frau schaut 2013 in Teheran zu, wie konfiszierte Drogen verbrannt werden.

Gesetze sind streng und wurden energisch durchgesetzt. Bis zum letzten Jahr zeigte die Politik keine Toleranz gegenüber Drogentätern. Auf den Besitz selbst kleinster Mengen harter Drogen wie Heroin oder Kokain stand die Todesstrafe. In den vergangenen Jahrzehnten wurden tausende Drogendelinquenten verhaftet und hingerichtet. Doch jüngste Statistiken zeigen, dass die rigide Politik nicht erfolgreich war. Die Drogenkrise hat sich verschlimmert.

Statt sich auf die rechtlichen Verstöße zu konzentrieren, begannen regierungsunabhängige Organisationen in den späten 1990er Jahren, soziale und medizinische Aspekte von Drogensucht in den Blick zu nehmen. Damals war der reformorientierte Präsident Mohammad Chatami im Amt. Seit Kurzem verfolgt die jetzige Regierung einen ähnlichen Ansatz. So stellt sie beispielsweise ein Budget zur Verfügung, um Entzugszentren für Kinder aufzubauen. Auch wenn der Iran mehr solcher Einrichtungen

brauchte, ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Regierung von Präsident Hassan Rohani hat Parlament und Wächterrat im vergangenen Jahr zu einer Änderung der Drogengesetze bewogen. Durch die Reform entfällt die Todesstrafe für bestimmte Drogendelikte. Schätzungen zufolge rettete das bereits an die 4000 Häftlingen im Todesstrakt das Leben. Nicht abgeschafft wurde die Todesstrafe für den Besitz von oder den Handel mit mindestens zwei Kilogramm harter Drogen oder 50 Kilogramm Opium oder Cannabis. Auch für Wiederholungstäter gilt sie weiterhin.

Staatliche Stellen dürfen nun außerdem Ersatzdrogen an Abhängige ausgeben. Hassan Norouzi, Sprecher des Rechtsausschusses des Parlaments, unterstreicht die Notwendigkeit, „die Verbindung zwischen Drogenabhängigen und Drogenhändlern zu unterbrechen“. Die Idee dahinter ist, dass Abhängige sukzessive ihre Sucht aufgeben,

statt von Kriminellen abhängig zu bleiben. Ähnliche Grundsätze gab es Norouzi zufolge bereits vor der Revolution.

Insgesamt scheinen die Wurzeln der Drogenkrise im Iran in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen zu liegen. Diese muss die Regierung zuerst angehen, um die Krise in den Griff zu bekommen. Saeid Sefatian, ein Mitglied des Schlichtungsrats, der den obersten geistlichen Führer Ajatollah Chamenei berät, sagte: „Drogenabhängigkeit ist Irans ernstestes gesellschaftliches Übel, und die Regierung sollte es mit ernsteren und professionelleren Methoden behandeln.“



MITRA SHAHRANI

ist freie Journalistin und macht derzeit ihren Master in internationaler Migration und ethnischen Beziehungen an

der Universität Malmö in Schweden.

mitra.mshahrani@gmail.com

Hartes Durchgreifen gegen Benachteiligte

Seit kurzem verfolgt die Regierung Bangladeschs eine „Krieg gegen Drogen“-Rhetorik. Bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften starben in den letzten Monaten rund 200 Menschen. Alkohol und Drogen sind gesetzlich verboten. Anstatt tiefer liegende soziale Probleme anzugehen, konzentrieren staatliche Stellen sich darauf, das Strafrecht durchzusetzen. Menschen, die bestimmte Drogen mit sich führen, können neuen Gesetzen zufolge zum Tode verurteilt werden.

Von Ridwanul Hoque und Sharawat Shamin

Menschen, die in Bangladesch Alkohol trinken oder Drogen nehmen, haben einen schlechten Ruf. Häufig sagt man ihnen: „Du trinkst Alkohol! Das ist eine Sünde; du verdorbener Reicher!“ Oder: „Du nimmst Drogen! Du bist verwöhnt!“ Diese Abneigung

gegenüber Suchtmitteln zeigt sich auch in der Regierungspolitik.

Im 19. Jahrhundert führte die britische Kolonialmacht Gesetze zur Regulierung der Produktion, des Vertriebs und der Besteuerung gefährlicher Drogen sowie Alkohols ein. Der Handel mit Spirituosen, anderen alkoholischen Getränken, Opium und Cannabis war ein heißes Thema – nicht zuletzt weil britische Händler durch den Export von Opium nach China große Gewinne erzielten (siehe Aufsatz von Hans Dembowski, S. 38).

Aus Sicht der Südasien waren Spirituosen „westlich“. Cannabis und lokal hergestellter Alkohol, etwa das traditionelle Reisbier der Adivasi, waren hingegen Teil der Kultur. Heute wird Alkohol größtenteils importiert. Steuern und Zölle sind hoch, sie betragen bis zu 25 Prozent des Importpreises. Bangladesch hat nur eine Brennerei: die staatliche Carew and Co. Sie wurde 1887 von

einem britischen Geschäftsmann gegründet.

Das Gesetz, das viele Jahre lang Drogen und Alkohol regulierte, wurde 1990 verabschiedet. Es basiert auf der verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Staates, den Konsum von berauschenden Getränken und Drogen durch „effektive Maßnahmen“ zu verhindern. Tatsächlich übererfüllt Bangladesch seine internationalen Verpflichtungen. Die Strafverfolgung ist jedoch uneinheitlich.

Das bangladeschische Recht unterscheidet zwischen bestimmten Kulturen und Religionen:

- Muslimen ist es verboten, Alkohol zu trinken. Dies entspricht islamischen Re-



geln. Es gibt Ausnahmen aus medizinischen Gründen. Patienten können eine Erlaubnis erhalten, wenn ein autorisierter Arzt ein Rezept ausstellt.

- Menschen anderen Glaubens dürfen Alkohol trinken, sollen aber auch eine formale Erlaubnis einholen.
- Ausländer dürfen in einigen wenigen lizenzierten Bars und Restaurants Alkohol trinken.
- Laut einer Gesetzesänderung aus dem Jahr 2000 dürfen Adivasi und andere benachteiligte Gruppen, die traditionell Alkohol herstellen und konsumieren, dies weiterhin tun.

Theoretisch ist das Alkoholverbot sehr streng. Gesetzesverstöße ziehen eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren nach sich. Nur einige wenige zugelassene Geschäfte verkaufen Alkohol. Viele Menschen wissen außerdem nicht, dass auch der Alkoholkonsum zu Hause ohne Erlaubnis verboten ist. Praktisch greift der Staat aber nicht ein.

Gelegentlich führt die Regierung Razzien gegen illegalen Handel oder Konsum von Alkohol durch. Mobile Gerichte bestrafen Einzelne oder Restaurants dabei kurzerhand, wenn sie schuldig sind. Von der Beschlagnahme illegalen Alkohols sind vor allem geschmuggelte Getränke betroffen, die nicht verzollt wurden.

Ernste Probleme bestehen darin, dass:

- im Inland hergestellte Spirituosen immer wieder zu Vergiftungen führen und häufig Menschen töten und
- Alkohol am Steuer zu tödlichen Verkehrsunfällen führt, insbesondere unter Fahrern von Langstreckenbussen und Lastkraftwagen.

Alles in allem ist die Durchsetzung der Alkoholvorschriften eher schwach. Wohlhabende Männer, bei denen ein gelegentlicher Whiskey recht weit verbreitet ist, haben wenig Grund, das Gesetz zu fürchten.

PROBLEME BEI DER DURCHSETZUNG

Die Verwendung, Herstellung und der Handel mit anderen Drogen und Betäubungsmitteln sind durch das Gesetz von 1990 gänzlich verboten – außer zu medizinischen Zwecken. Konsumenten und Händler sind gesellschaftlich stigmatisiert.

Trotz des Verbots nehmen Drogenprobleme in Bangladesch zu. Aus dem benachbarten Myanmar wird die neue Droge Yaba (eine Mischung aus Koffein und Methyldam-



Soldaten des Rapid Action Battalion (RAB) in Bangladesch nehmen mehrere mutmaßliche Drogenhändler in Dhaka fest.

phetamin) importiert. Dies hat sich mit der Zunahme von Rohingya-Flüchtlingen verstärkt. Yaba ist heute laut Beobachtern die beliebteste Droge in Bangladesch. Bisher steht sie noch nicht auf der Liste verbotener Substanzen. Allerdings hat das Parlament im Oktober ein Gesetz verabschiedet, das die Todesstrafe für jeden vorsieht, der 200 Gramm Yaba oder 25 Gramm Heroin oder Kokain mit sich führt.

Zudem verfolgt die Regierung in den letzten Monaten eine „Krieg gegen Drogen“-Rhetorik. Sie verstärkt repressive Maßnahmen, um das Problem unter Kontrolle zu bekommen. Bislang starben bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften rund 200 Menschen. Kein Polizeibeamter oder Soldat wurde für die außergerichtlichen Tötungen angeklagt.

Die Regierung scheint entschlossen, Gesetze gegen Drogenmissbrauch durchzusetzen, stößt dabei aber auf Probleme. Regierungsmitarbeitern, darunter auch Polizeibeamten, wird vorgeworfen, korrupt und am Drogenhandel beteiligt zu sein.

35 Prozent der Gefängnisinsassen in Bangladesch sitzen laut einem Bericht der Zeitung Dhaka Tribune wegen Drogendelikten ein. Das Problem wird durch die Nähe Bangladeschs zum „Goldenen Dreieck“ Myanmar-Thailand-Laos verstärkt. Dort ist internationaler Menschenhandel ein Sicherheitsproblem, und Rauschmittel sind leicht verfügbar.

Leider konzentriert sich die Regierung überwiegend auf die Durchsetzung des Gesetzes und vernachlässigt die sozialen Dimensionen des Drogenproblems. Zwar gibt es 184 Rehabilitationszentren im ganzen Land. Gemessen am Bedarf ist das

jedoch zu wenig, und sie sind schlecht ausgestattet.

Bei Cannabis gibt es mehr Nachsicht. Die Droge war in unserem Land in der Vergangenheit weit verbreitet. Sie ist weniger gefährlich und süchtigmachend als andere Drogen wie etwa Heroin. Dennoch geht die Regierung mit beiden Arten von Betäubungsmitteln restriktiver um als viele westliche Länder.

Deutschland und andere europäische Länder beispielsweise haben Cannabis entkriminalisiert. Wer geringe Mengen für den eigenen Gebrauch besitzt, wird nicht länger bestraft. In Kanada und einigen US-Bundesstaaten ist diese Droge sogar legal. Darüber hinaus erhalten Heroinkonsumenten in vielen europäischen Städten sichere Spritzen. Nichts dergleichen gibt es in Bangladesch.

Die Strafverfolgung trifft vor allem Arme. Viele Reiche in Bangladesch konsumieren trotz Verbot Alkohol, werden aber in der Regel nicht rechtlich verfolgt. Die Konsumenten und Händler von Cannabis, Yaba und lokal hergestelltem Alkohol hingegen sind meist arm. Für sie besteht ein erhebliches Risiko, angeklagt, vor Gericht gestellt oder sogar getötet zu werden.



RIDWANUL HOQUE
ist Rechtsprofessor an der University of Dhaka.

ridwandulaw@gmail.com



SHARAWAT SHAMIN
ist Dozentin für Rechtswissenschaften an der University of Dhaka.
sharawat@du.ac.bd

„Krieg gegen die Armen“

In den Philippinen wenden sich christliche geistliche Führer gegen den blutigen Anti-Drogen-Krieg von Präsident Rodrigo Duterte. Diese Haltung wurde kürzlich auf einer ökumenischen Konferenz in Bonn bestätigt.

„Als wir ins Kloster gingen, haben wir nicht unsere Staatsbürgerschaft abgelegt.“ Diese Antwort gibt Schwester Mary John Mananzan Kritikern, die der Ansicht sind, sie solle sich nicht in die Politik einmischen. Doch das hat die Benediktiner-Nonne schon immer getan: Sie kämpfte gegen die Diktatur von Ferdinand Marcos in den 1970er Jahren und gründete 1984 die Frauenorganisation GABRIELA mit, deren Vorsitzende sie mehr als zehn Jahre lang war. Heute beteiligt sich Mananzan an Protesten gegen die Morde im Zusammenhang mit Dutertes sogenanntem Anti-Drogen-Krieg. Ihrer Ansicht nach haben geistliche Führer die moralische Pflicht, sich öffentlich gegen Hinrichtungen auszusprechen.

Offiziellen Daten zufolge töteten philippinische Polizisten zwischen Juli 2016 und September 2018 bei Anti-Drogen-Einsätzen 4948 Menschen. Nach Angaben der Polizei handelte es sich um verdächtige Drogen-Dealer oder -Konsumenten, die sich ihrer Festnahme widersetzen. Außerdem brächten sich Drogenhändler auch gegenseitig um.

Nach Schätzungen von Human Rights Watch (HRW) fielen bisher 12 000 Menschen Dutertes Maßnahmen zum Opfer. Polizisten nähmen außergerichtliche Hinrichtungen

vor und behaupteten dann, sie hätten in Notwehr gehandelt. Laut einem kürzlich veröffentlichten Bericht stellen Augenzeugen die Hinrichtungen als „kaltblütige Morde unbewaffneter Drogenverdächtiger in Haft“ dar. Für diese Morde sei noch niemand ernsthaft juristisch verfolgt worden. Außerdem hätten es die Philippinen

in Millionenwert erwischt werden, vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. „Sie sterben nicht, anders als die Armen, die wegen Drogen im Wert von 200 Pesos (etwa drei Euro) umgebracht werden.“ Lerma zufolge ist der sogenannte Anti-Drogen-Krieg eigentlich ein Krieg gegen die Armen, denn die meisten Opfer stammen aus den armen Vierteln Manilas und anderer Städte.

Bischof Pablo David rief die Regierung im vergangenen



Andenken an die Opfer von Dutertes Anti-Drogen-Krieg an Allerheiligen in Manila.

– im Vergleich zu anderen Ländern – gar nicht mit einer ernsthaften Drogenkrise zu tun.

Der Fotojournalist Raffy Lerma zeigte auf der Ökumenischen Philippinenkonferenz Ende Oktober in Bonn seine Bilder – auch von Opfern des Anti-Drogen-Kriegs. Er will, dass die Regierung den illegalen Drogenhandel in den Griff bekommt, zweifelt aber an Dutertes Methoden: „Warum werden arme Menschen ohne Prozess hingerichtet?“ Laut Lerma werden Dealer, die mit Drogen

Jahr dazu auf, ihre „grausame und vereinfachte“ Kampagne gegen illegale Drogen zu beenden. Bei der Beerdigung eines von der Polizei getöteten Jugendlichen (siehe Alan Robles in E+Z/D+C e-Paper 2017/10, Debatte) mahnte er, das Rechtsstaatsprinzip nicht aufzugeben. Bischof David ist stellvertretender Vorsitzender der philippinischen Bischofskonferenz und einer der schärfsten Kritiker Dutertes. Andere religiöse Führer schlossen sich seinem Aufruf an. Der bekannteste von ihnen ist Erzbischof

Luis Antonio Kardinal Tagle von Manila.

Trotzdem verkündete Duterte in seiner Rede zur Lage der Nation, dass er seinen Kampf gegen illegale Drogen so unerbittlich und abschreckend wie bisher fortsetzen werde. „Sie machen sich Sorgen um Menschenrechte, ich um Menschenleben“, sagte er seinen Kritikern. Mit dieser Aussage sei die katholische Kirche nicht einverstanden, entgegnete Bischof David. Denn sie impliziere, „dass die Opfer von Hinrichtungen im Zusammenhang mit Drogen keine Menschen sind“. Auf Facebook wies der Geistliche darauf hin, dass „Drogenkonsum kein Verbrechen ist, das den Tod verdient“. Vielmehr bräuchten Drogenkranke einen Entzug.

Der Meinung ist auch Pater June Mark Yañez, ein protestantischer philippinischer Pastor, der für die Seemannsmission Hamburg arbeitet. Er betont, dass es eine zutiefst christliche Tradition sei, menschliches Leben wertzuschätzen. Somit verdienten nur Regierungsentscheidungen Unterstützung, die die Menschenrechte und menschliches Leben respektierten.

LINK

Human Rights Watch World Report 2018:

<https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/philippines>



EMMALYN LIWAG KOTTE
ist freie Journalistin und Mitglied der

Arbeitsgruppe, die die jährliche Ökumenische Philippinenkonferenz organisiert.
emmalyn320@hotmail.com

Präsident Widodos Krieg gegen Drogen

Drogendelikte werden in Südostasien in der Regel hart bestraft. Der Konsum geht in Indonesien dennoch nicht zurück.

Von Edith Koesoemawiria

Wer Indonesien besuchen will und bestimmte Medikamente benötigt, sollte aufpassen, denn ohne offizielle Verschreibung und ärztliches Attest sollte niemand Pharmaka mitbringen. Der Zoll kann Fragen stellen und darf Arzneimittel einbehalten, wenn keine Dokumente vorliegen. Noch schlimmer ist, wenn Beamte entscheiden, dass bestimmte Substanzen absichtlich versteckt wurden. Dann steht eine Anklage wegen Drogenschmuggel ins Haus. Es ist nirgendwo schön, eine Urlaubs- oder Geschäftsreise so zu beginnen, aber in Indonesien kann es besonders böse enden.

Illegale Drogen, „Narkoba“ genannt, sind hier kein Kavaliersdelikt. Überführten Schmugglern, Händlern, Herstellern und selbst Konsumenten drohen Gefängnisstrafen von zwei bis 20 Jahren. Je nach Art und Menge sind auch lebenslange Haft oder sogar die Todesstrafe möglich.

Urteile fallen nur selten milde aus. Fidelis Arie Sudewarto hatte Glück und musste nur acht Monate ins Gefängnis und sollte eine Geldstrafe von umgerechnet 67000 Dollar zahlen. Er hatte versucht, Cannabis anzubauen, um damit die qualvollen Leiden seiner Frau – einer Krebspatientin – zu lindern. Nur auf starken Druck von Zivilgesellschaft und Medien hin wurde das Bußgeld schließlich ausgesetzt.

Nach der Definition der staatlichen Drogenbehörde BNN sind sämtliche Rausch- und Betäubungsmittel, Psychopharmaka und süchtig machende Substanzen Narkoba. Manche haben pflanzliche Grundlagen – wie etwa Cannabis, Kokain, Opium und seine Derivate. Andere sind synthetisch, aber auch gefährlich – wie etwa die Pharmazeutika Valium und Mandrax oder die Partydroge Ecstasy. Indonesien ist ein hauptsächlich muslimisches Land, der Ge-

nuss von Wein ist im Islam verboten, und auch andere alkoholische Getränke können zu den Narkoba gezählt werden.

Mit dem Hinweis, bis zu 30 Menschen stürben täglich an den Folgen von Drogenmissbrauch, rief Präsident Joko Widodo kurz nach seinem Amtsantritt 2015 den

Darunter waren auch Ausländer. Indonesische und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern die Abschaffung der Todesstrafe – bisher vergeblich. Laut BNN gab es 2017 fast 50 000 Strafverfahren wegen illegaler Drogen, 79 mutmaßliche Drogendealer wurden bei der Festnahme erschossen.

Den amtlichen Statistiken zufolge geht die Zahl der Drogendelikte dennoch nicht zurück. Die BNN ließ die Lage in 13 Provinzen untersuchen – und die Ergebnisse weisen darauf hin, dass rund 3,5 Millionen Indonesier – 2,2 Prozent der Bevölkerung – drogenabhängig sind. 72 Prozent davon dürften Männer sein. Ein Resultat



Polizeirazzia in einem Ecstasy-Labor 2018 in Bogor.

„Krieg gegen Drogen“ aus. Drastische Maßnahmen folgten, bis hin zum Erschießen von Schmugglern, Schiebern und Dealern, die sich Festnahmen widersetzen. Im öffentlichen Raum hängen nun Warnungen vor Drogenmissbrauch aus. Derlei flimmert auch in Werbepausen über die Fernsehbildschirme.

18 EXEKUTIONEN IN ZWEI JAHREN

In den Jahren 2015 bis 2016 wurden in Indonesien 18 Drogenstrafäter hingerichtet.

der Untersuchung war, dass ein Drittel der Betroffenen versucht, auf sich gestellt von dem Suchtmittel loszukommen. Andere suchen private Entzugszentren oder -kliniken auf.

Evy Harjono hat Second Chance gegründet, eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich um Häftlinge kümmert. Aus ihrer Sicht sind Armut und Bevölkerungswachstum die wesentlichen Ursachen des Drogenmissbrauchs. Die Regierung ist darauf fokussiert, Infrastruktur zu schaffen, um Armut langfristig zu reduzieren. Doch unter

wirtschaftlicher Not werden viele Menschen noch lange leiden.

„Wir müssen auf vielen Ebenen ansetzen“, sagt Harjono. „Momentan gibt es zu wenige Zentren für medizinischen Entzug. Wer ins Gefängnis kommt, landet dort bei Dealern, Drogenproduzenten und anderen Kriminellen.“ Sie fordert mehr Entzugskliniken und Reha-Zentren, wie sie Abhängigen eigentlich laut Gesetz auch zustehen.

Staatlichen Angaben zufolge sitzen zurzeit über 260 000 Häftlinge in 600 Gefängnissen, 482 Vollzugsinstitutionen und 118 Untersuchungshaftanstalten ein. Die meisten dieser Einrichtungen sind überfüllt und in miserablen Zustand. Harjono beklagt, die Gefangenen würden kaum auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Vielen fehle jegliche berufliche Qualifizierung, und mit etwaigen Ersparnissen hätten sie Anwälte bezahlt. Vorbestrafte sind zudem sozial stigmatisiert. Zivilgesellschaftliche Akteure gehen davon aus, dass viele schnell in alte Gewohnheiten zurückfallen und dass andere ins organisierte Verbrechen abdriften.

Second Chance arbeitet in 11 der 34 indonesischen Provinzen. Sie macht Aus-



und Fortbildungsangebote, die zur Selbstständigkeit verhelfen sollen. Das Spektrum reicht von Alphabetisierung über handwerkliche Fähigkeiten bis hin zu Theaterspielen. Schon in der Haft kann ein bisschen Geld verdient werden, und selbst kleine Rücklagen erweisen sich nach der Entlassung oft als wichtig.

Der Drogenkrieg stellt Indonesien vor große Herausforderungen. Zum Archipel gehören über 17 000 Inseln. Viele kleine, informelle Häfen erleichtern den Schmuggel. Rund 5000 BNN-Beamte arbeiten mit der Polizei und der Armee zusammen. Doch für

skrupellose kriminelle Syndikate ist der illegale Drogenhandel ein Milliardengeschäft. Sie schrecken vor Gewalt nicht zurück und tun, was sie können, um den Schwarzmarkt zu kontrollieren. Sie nutzen die Schwäche und Verwundbarkeit der Abhängigen aus. Die inhumane Todesstrafe schreckt hartgesottene Kriminelle nicht ab.

Es verschärft die Probleme, dass zwischen Opfern und Tätern nicht unterschieden wird. Und es ist auch nicht hilfreich, dass das Recht harte Drogen mit hohem Suchtpotential wie Heroin mit vergleichsweise harmloseren Substanzen wie Cannabis gleichsetzt. Erst im frühen 20. Jahrhundert hat die niederländische Kolonialmacht dieses Hanfprodukt verboten. Mittlerweile fragen sich viele Indonesier, in welchem Maß der Krieg gegen die Drogen eigentlich Schaden abwendet – und in welchem Maß er Leiden verursacht.



EDITH KOESOEMAWIRIA
ist freie Journalistin in Jakarta und Frankfurt.

hidayati@gmx.de



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



Epizentrum des illegalen Pharmamarktes

Armut ist der Grund dafür, dass in Afrika gute Medikamente oft nicht erhältlich sind. Die Gesundheitssysteme sind meist schwach, der Pharmamarkt ist schlecht reguliert. Viele Patienten müssen minderwertige oder nachgeahmte Medikamente einnehmen. In Westafrika gibt es immer mehr Menschen, die nach einem bestimmten Opiat süchtig sind, weil man es leicht bekommt.

Von Assane Diagne

Tramadol ist ein Opiat-Schmerzmittel. Es wird nicht wie andere starke und süchtigmachende Opioide wie etwa Methadon oder Fentanyl vom International Narcotics Control Board reguliert. Jedes Land muss eigene Vorschriften erlassen, die Regierungen handeln jedoch erst, wenn es Probleme gibt.

Tramadol ist als Medikament wertvoll, kann aber auch als Aufputschmittel missbraucht werden. Es hebt die Stimmung und macht arbeitsfähiger. Hat man sich daran gewöhnt, benötigt man immer höhere Dosen, um zu funktionieren.

Subsahara-Afrika erlebt derzeit eine schwere Tramadol-Krise. Die medizinische Fachzeitschrift The Lancet vergleicht in ihrem Bericht vom Mai die Situation in Westafrika mit der Opioidkrise in den USA. Es ist ein riesiger Schwarzmarkt entstanden. Obwohl Ärzte kaum mehr als 100 Milligramm verschreiben würden, kursieren hochwirksame Pillen mit bis zu 250 Milligramm. Immer häufiger sterben Abhängige an einer Überdosis. Wer professionelle Unterstützung für einen Entzug sucht, findet kaum eine Einrichtung dafür.

Dem Lancet zufolge nehmen afrikanische Regierungen das Problem langsam wahr. Schmerzmittel werden meist in Asien hergestellt. Das gilt auch für Generika und Fälschungen. Vor fünf Jahren wurden in Subsahara-Afrika noch 300 Kilogramm Tramadol jährlich beschlagnahmt, inzwischen sind es mehr als drei Tonnen.

Die Regierungen haben Mühe, geeignete Gesetze zu verabschieden und

durchzusetzen. Leider gibt es in vielen afrikanischen Ländern keine wirksamen Regulierungssysteme für Arzneimittel. Das bewusstseinsverändernde Opioid Tramadol ist nur Teil eines vielschichtigeren Problems.

Gute Medikamente sind oft unerschwinglich oder nicht verfügbar, so dass minderwertige, nachgeahmte und gefälschte Arzneimittel verkauft werden. Generika, meist aus Indien und von fragwürdiger Qua-

lität, überschwemmen die afrikanischen Märkte. Forscher der London School of Hygiene & Tropical Medicine haben herausgefunden, dass jährlich 64 000 bis 158 000 Menschen wegen gefälschter oder minderwertiger Medikamente an Malaria sterben.

Afrika ist laut International Crime Police Organization (Interpol) Mittelpunkt des „größten Schwarzmarktes der Welt“. Die Jacques-Chirac-Stiftung schätzt, dass der Arzneimittelhandel jährlich 200 Milliarden Dollar einbringt. Die vom ehemaligen französischen Präsidenten ins Leben gerufene Stiftung setzt sich für mehr Zugang zu Gesundheitsleistungen und gute Arzneien ein.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt fest: „Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, Konfliktregionen und jene mit schwachem oder gar ohne Gesundheitssystem leiden am meisten unter ge-



Oft haben Medikamente mindere Qualität: Kundin einer Apotheke in Mali.

fälschten Medizinprodukten.“ Das trifft auf viele afrikanische Länder zu – sie sind die wichtigsten Märkte für den tödlichen Handel. Die US-Gesundheitsbehörde FDA (Food and Drug Administration) geht davon aus, dass jedes zehnte Medikament weltweit gefälscht ist. Experten vermuten, dass das in Subsahara-Afrika sogar für 30 bis 70 Prozent der Arzneien gilt.

Von 2013 bis 2017 gingen bei der WHO 1500 Fallberichte über minderwertige oder gefälschte Arzneimittel ein, 42 Prozent der Fälle betrafen Subsahara-Afrika. Afrika ist offensichtlich das Epizentrum des illegalen Pharmahandels. Zwischen Mai und Juni 2017 war Interpol in sieben westafrikanischen Ländern im Einsatz, um gegen illegalen Handel mit gefälschten Arzneien vorzugehen. Mehr als 41 Millionen gefälschte Tabletten und 13 000 Kartons mit medizinischen und pharmazeutischen Produkten im Wert von schätzungsweise 20 Millionen US-Dollar wurden beschlagnahmt.

Laut WHO wird das unerlaubte Pharmageschäft dadurch begünstigt, dass immer mehr Menschen Zugang zum Internet

haben. 2008 starteten Interpol und International Forum on Pharmaceutical Crime in the World eine Operation namens „Pangea“. Der globalen Initiative zur Bekämpfung des Online-Verkaufs illegaler und gefälschter Arzneimittel gehören Zollbehörden, Polizei, Gesundheitsämter und Privatunternehmen an. Sie nimmt drei Dinge unter die Lupe, von denen illegale Websites abhängig sind: Provider von Internet-Diensten, Zahlungs- und Liefersysteme. Ein Ansatz ist, das Bewusstsein für die Risiken zu schärfen, die mit dem Online-Kauf von Medikamenten einhergehen. Pangea läuft derzeit in 100 Ländern.

Der Hauptgrund für das Versagen der afrikanischen Pharmamärkte liegt in Armut, überlasteten Gesundheitssystemen und schlechter Regierungsführung. „Um gefälschte Medikamente zu verkaufen, braucht man Kunden“, sagt Marc Gentilini, ehemaliger Präsident des französischen Roten Kreuzes. „Und in Afrika gibt es mehr arme Patienten als sonstwo auf der Welt.“ Ihr niedriges Einkommen macht Qualitätsarznei für Afrikaner oft uner-

schwinglich. Ordnungsgemäß regulierte Vertriebssysteme wären zu komplex für Regulierungsbehörden, denen es an Ressourcen mangelt. Zum Beispiel gelingt es meist nicht, Kühlketten aufrechtzuerhalten. Durchlässige Grenzen verschlimmern die Gesamtlage.

Interpol macht deutlich: „Drogenhandel kann nur langfristig wirksam bekämpft werden.“ Die Organisation fordert die permanente Mobilisierung und Zusammenarbeit von Polizei, Zoll-, Gesundheits- und Strafverfolgungsbehörden in aller Welt. Die afrikanischen Regierungen kennen Strategien, die helfen würden. Aber es mangelt häufig an politischem Willen. Für den Anfang wäre es gut, die Öffentlichkeit verlässlicher und umfassender über Nutzen und Risiken von Medikamenten zu informieren.



ASSANE DIAGNE
arbeitet im Dakar-Büro von
Africa Check, einer auf
Faktenprüfung spezialisierten
Medienagentur.

assane@africacheck.org

Die Sorgen ertränken

Alkoholismus und Drogensucht breiten sich in Simbabwe aus. Für viele Arbeitslose ist dies ein Weg, die harte Realität des Lebens zu vergessen. Sucht führt jedoch zu Gesundheitsproblemen, inklusive psychischen Störungen.

Von Jeffrey Moyo

Jerry Nhemachena ist 17 Jahre alt. Er hat eine Flasche mit einer durchsichtigen alkoholischen Flüssigkeit in der Hand. Eine Schultasche hängt über seiner linken Schulter. Jerry ist offensichtlich betrunken, als er durch das Schultor geht. Der Wachmann achtet nicht auf ihn. „An sich lassen wir keine betrunkenen Schüler auf den Schulhof“, sagt der Wachmann später. „Aber mit Jerry legt man sich besser nicht an.“ Jerry ist einer von vielen jungen Menschen in Simbabwe, die alkoholabhängig sind.

Die Washington Post berichtete 2014, dass simbabwische Männer und Frauen auf Nummer 6 beziehungsweise 7 von Afrikas Trinkerliste stehen. Laut dem Bier- und Soft-Drink-Hersteller Delta Beverages konsumierten Simbawer im Jahr 2012 fast 200 Millionen Hektoliter ihres Lager-Biers und mehr als 330 Millionen Hektoliter Hirsebier. Firmen wie Delta Beverages machen viel Geld in Simbabwe.

Hinzu kommt, dass hausgemachte Alkoholika überall erhältlich sind. Selbstgebrautes Bier, dessen Alkoholgehalt nicht gemessen wird, ist weit verbreitet. Ein beliebtes und sehr billiges alkoholisches Getränk ist das sogenannte Tegu-Tegu. Sein Alkoholgehalt variiert zwischen 30 und 40 Prozent.

Cannabis und andere illegale Drogen werden ebenfalls genutzt. Pädagogen berichten, dass Drogenmissbrauch die Leistungen mancher Schüler erheblich mindert.

„Wegen Alkoholismus und Drogenmissbrauch fehlen viele Schüler im Unterricht“, beklagt sich eine Lehrerin aus Harare. Wenn man durch die Straßen von Harare geht, sieht man junge Leute, die offen auf der Straße Alkohol trinken und Drogen nehmen – verbotenerweise.

Laut dem Zimbabwe Civil Liberties and Drug Network (ZCLDN) missbrauchen etwa 290 000 junge Menschen in dieser afrikanischen Nation Drogen oder Alkohol. Diese Zahl ist steil angestiegen, verglichen mit geschätzten 85 000 in den Jahren von 2009 bis 2015. ZCLDN wurde vor sieben Jahren gegründet und setzt sich für Strategien gegen Drogenprobleme in der gesamten südafrikanischen Region ein.

HUSTENSAFT, CANNABIS UND KOKAIN

BronClever ist gefährlich beliebt geworden. Dabei handelt es sich um einen medizinischen Hustensaft, der Alkohol und Codein enthält. Der Arzt Hilton Hungwe erklärt, dass Codein ein Opiat ist, das als Schmerzmittel eingesetzt wird. Wegen seines Alkoholgehaltes macht BronClever extrem be-



Leere BronClear-Flasche auf einer Straße in Harare.

trunken, „wenn man viel auf einmal davon trinkt“, sagt Hungwe, „und genau deswegen nehmen es viele junge Leute“. Die Straßen von Harare sind voller leerer Hustensaftflaschen.

BronClear wird im Nachbarland Südafrika hergestellt. Laut der Medikamentenkontrollbehörde Simbabwe ist BronClear nicht für den hiesigen Verkauf zugelassen, nicht einmal auf Rezept. Dennoch kann man leicht darankommen. Eine 100-Milliliter-Flasche BronClear kostet sieben Dollar.

Marihuana ist als „Mbanje“ oder „Dagga“ bekannt. ZCLDN schätzt, dass bis zu 20 Prozent der jungen Leute die Droge konsumieren. Die diesbezügliche Regierungspolitik ist ambivalent. Kürzlich wurde der Anbau von Cannabis für medizinische Zwecke erst legalisiert und dann wieder zurückgenommen, um Drogenmissbrauch vorzubeugen. Der Anbau und Besitz von Cannabis wurden früher mit bis zu 12 Jahren Gefängnis bestraft, doch jetzt ist unklar, welche Regeln nun gelten und ob die Behörden sie kohärent durchsetzen.

Aufgrund seiner ruinierten Wirtschaft ist Simbabwe auch zum Transitland für Dro-

gen wie Kokain geworden, das in benachbarte Länder wie Südafrika und Botswana geschmuggelt wird. Manches davon bleibt jedoch im Land, weil die Menschen, die sie transportieren, nicht mit Geld, sondern mit Stoff bezahlt werden. „Dann fangen sie an, selber Drogen zu konsumieren“, berichtet ein Polizeioffizier.

PSYCHISCHE KRANKHEITEN

Drogen- und Alkoholmissbrauch in Simbabwe nehmen zu. Das Gesundheitsministerium berichtet, dass aktuell 57 Prozent aller Aufnahmen in psychiatrischen Kliniken auf Suchtprobleme zurückzuführen ist. „Von diesen Einlieferungen sind mehr als 80 Prozent in der Altersgruppe zwischen 16 und 40“, erklärt Evans Masitara, ein Psychiater mit einer privaten Praxis. „Und es betrifft hauptsächlich Männer.“

„Junge und alte Alkoholiker sind häufig betroffen von Demenz, Krampfanfällen, Leberkrankheiten und frühem Tod“, sagt Andrew Muchineripi, ein Arzt in einer Privatpraxis. Er fügt hinzu, dass auch Fälle von drogenbedingten Psychosen bekannt sind.

Selbstmordgefährdete Süchtige nehmen auch manchmal absichtlich eine Überdosis.

Menschen, die Alkohol und Drogen missbrauchen, tun dies oft aufgrund von Armut und Hoffnungslosigkeit, meint Edgar Mutambu, ein Psychologe in Harare: „Millionen von Simbabweern sind arbeitslos und deswegen gestresst. Sie kämpfen mit den Herausforderungen des täglichen Lebens.“

Hapton Ruvangu ist einer von ihnen. „Ich habe einen Universitätsabschluss, aber ich habe niemals eine Arbeitsstelle gefunden. Ich wohne noch bei meinen Eltern“, berichtet der 31-Jährige. „Das ist mir peinlich, weil ich völlig von ihnen abhängig bin.“ Bezüglich der Suchtprobleme vieler junger Leute sagt Ruvangu: „Alkohol und Drogen helfen uns, unsere Schwierigkeiten zu vergessen.“ Ein Rausch ist nicht teuer. „Sogar für nur einen Dollar kann man sich schnell betrinken.“

Simbabweische Eltern sind wegen dieses Trends beunruhigt. Letiwe Mpofu, deren Kinder drogen- und alkoholabhängig sind, erzählt: „Ich habe es geschafft, meine drei Söhne auf die Universität zu schicken. Aber genau dort haben sie begonnen, Drogen und Alkohol zu missbrauchen, als sie noch studierten.“ In ihren Augen ist Gruppendruck verantwortlich.

Zivilgesellschaftliche Gruppen drängen die Regierung zum Handeln. „Die Regierung sollte den Import von Alkohol und Drogen strikt kontrollieren“, sagt Claris Madhuku von der Plattform for Youth Development. „Unsere Grenzen sind so durchlässig, und Korruption grassiert überall; so können verbotene Getränke und Drogen leicht in unser Land gelangen.“

Für Schüler wie Jerry Nhemachena jedoch, der betrunken zur Schule kommt, ist dieser Ansatz zu simpel. „Einflussreiche Leute machen viel Geld mit den Drogen und dem Alkohol, den sie an uns verkaufen, und sie erlassen auch die Gesetze.“ Er ist der Ansicht, es könne „Ewigkeiten dauern, bis Alkohol- und Drogenmissbrauch hier im Griff sind.“

LINK

Zimbabwe Civil Liberties and Drug Network
<http://zcldn.org.zw/>



JEFFREY MOYO
ist Journalist und lebt in
Harare, Simbabwe.

moyojeffrey@gmail.com

„Freihandel“ im 19. Jahrhundert

Ob legal oder illegal – Rauschmittel bedeuteten historisch immer profitable Geschäfte. Verbote schaffen lukrative Schwarzmärkte für Mafiabanden. Aktuelle Bücher zeigen, dass der „Krieg gegen die Drogen“ gescheitert ist.

Von Hans Dembowski

Tom Wainwright ist der frühere Mexiko-Korrespondent der britischen Zeitschrift Economist. In seinem Buch „Narconomics“ vergleicht er Drogenkartelle mit multina-

tionalen Unternehmen. Sie haben gemein, dass sie Profite maximieren, indem sie Rohstoffe beschaffen, verarbeiten lassen und dann Endprodukte an Verbraucher verkaufen. Der große Unterschied ist, dass kriminelle Organisationen Gewalt anwenden, um sich zu schützen, lokale Märkte zu monopolisieren und Absprachen durchzusetzen. Sie gehen auch Bündnisse mit korumpierbaren staatlichen Akteuren ein.

Wainwright belegt überzeugend, dass Prohibition nicht funktioniert. Der „Krieg gegen die Drogen“, den die internationale

Staatengemeinschaft grundsätzlich unterstützt, seit US-Präsident Richard Nixon ihn 1971 ausrief, hat nur einen riesigen Welt-schwarzmarkt geschaffen. Einer der vier Kardinalfehler der Politik ist aus Sicht des Autors, Verbot mit Kontrolle zu verwechseln. Die Gangs kontrollieren das Geschäft, und für sie sind Substanzen umso lukrativer, je stärker sie abhängig machen. Um Kontrolle zu bekommen, müssen laut Wainwright Staaten den Markt regulieren (siehe Beitrag von Eleonore von Bothmer im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2018/11). Die Legalisierung von Cannabis in verschiedenen US-Staaten sieht er als Schritt in die richtige Richtung.

Als weitere drei Kardinalfehler benennt der Journalist:

- den Fokus auf Blockade des Drogenangebots, wo doch das Grundproblem die Nachfrage sei,
- allzu großzügige Finanzierung repressiver Maßnahmen, während zu wenig für Suchtvorbeugung getan werde, und
- Handeln auf nationalstaatlicher Ebene, obwohl der Schwarzmarkt global sei und sich Handelsrouten schnell über andere Länder umlenken ließen.

Wainwrights Branchenkenntnisse sind profund. Er hat mit Spitzenpolitikern, Polizisten, Gangstern und Coca-Gaunern gesprochen. Er hat Gefängnisse in Zentralamerika ebenso besucht wie Cannabis-Geschäfte in Denver.

Er schreibt, früher hätten Hippies Legalisierung gefordert, um ungestört kiffen zu können. Heute sind die Forderungen Ausdruck des verantwortungsvollen Wunschs, Schaden zu verhindern. Wainwrights Fazit lautet: „Wenn es keinen echten Strategiewandel gibt, werden die Geschäftsbedingungen für die Mafia leider vielversprechend bleiben.“

HISTORISCHE ZUSAMMENHÄNGE

Rauschmittel waren schon immer Waren mit hoher Handelsrelevanz, wie Lucy Inglis in „Milk of Paradise“ zeigt. Das Buch ist eine historische Bestandsaufnahme des Opiumhandels. Sie beginnt vor über 5000 Jahren im Mittelmeerraum und führt zu von ISIS kontrollierten Mohnfeldern in Afghanistan und der Bedeutung von Opiaten für heutige westliche Gesellschaften.

Eine Kernbotschaft des Buchs ist, dass Opium Segen und Fluch zugleich ist. Opiate



Karikatur der französischen Zeitschrift Le Rire im Jahr 1899.



Schadensbegrenzung: Plakat in Berliner Fixerstube.

sind nämlich unverzichtbare Schmerzmittel – aber Sucht kann Individuen, Familien und ganze Gemeinschaften zerstören. Zudem gedeiht die organisierte Kriminalität auf Schwarzmärkten.

Unter anderem erklärt Inglis, warum das Schlagwort „Freihandel“ heute in China und Indien keine Begeisterung auslöst. Im 19. Jahrhundert hatte China viele Opiumabhängige. Die Droge wurde über Guangzhou, das Europäer Kanton nannten, importiert. China wickelte damals seinen Außenhandel über diese Hafenmetropole im Perlfloss-Delta ab. Korruption war weit verbreitet. 1839 verbot der chinesische Kaiser das Opiumgeschäft – und löste so den ersten Opiumkrieg aus.

Der Krieg dauerte drei Jahre, und die britische Marine erwies sich als haushoch überlegen. Nach der Niederlage musste China vier weitere Häfen für Außenhandel öffnen, und Hongkong wurde zur permanenten britischen Niederlassung im Perlfloss-Delta. Inglis stellt dar, welche Bedeutung der Rauschgifthandel für britische Firmen hatte. Sie importierten Tee aus China nach England, und auf der Rückreise brachten sie Textilien nach Indien und dann auf der Weiterfahrt Opium von Indien nach China. Das Geschäftsmodell war so attraktiv,

dass britische Händler indische Bauern zwangen, Opium statt Getreide und Linsen anzubauen. War die Ernte schlecht, bedeutete das Hungersnot. Die Doktrin des „Freihandels“ besagte aber, dass alles geschehen musste, was Händlern Profite brachte. Der indische Schriftsteller Amitav Ghosh hat übrigens eine faszinierende Romantrilogie darüber verfasst, wie es zum ersten Opiumkrieg kam.

Andere imperialistische Mächte bauten ihr Chinageschäft ebenfalls aus. Ihre Vormacht besiegelten Briten und Franzosen gemeinsam im zweiten Opiumkrieg von 1856 bis 1860. Wie Inglis ausführt, wurde China danach brutal ausgebeutet. Trost fanden viele Menschen im Opium. Schätzungen zufolge war bis zu einem Viertel der Bevölkerung süchtig. Als China nicht mehr genug eigene Produkte für den Außenhandel zur Verfügung standen, begann es sklavennähnliche Zwangsarbeiter („Coolies“) zu exportieren. Sie nahmen ihre Opiumgewohnheiten in die Länder mit, in die sie verschifft wurden. In den USA gab es folglich entlang der von Coolies gebauten Eisenbahnen Opiumhöhlen. Sie fanden sich in den China Towns – ob in San Francisco oder Kleinstädten im Wilden Westen.

Massenhafte Verbreitung fanden Opiate aber vor allem im amerikanischen Bürgerkrieg, wie Inglis schreibt. Die riesige Zahl grauhaft verwundeter Soldaten machte den Einsatz von Schmerzmitteln nötig. Nach dem Krieg waren viele Veteranen traumatisiert – und obendrein abhängig. Ihre Opiat-Nachfrage erwies sich als nicht unterdrückbar.

In den 1920er Jahren herrschte in den USA dann auch noch ein Alkoholverbot. Mafiabanden übernahmen den Vertrieb von Schnaps und vermarkteten zugleich Rauschmittel wie Opium und Marihuana. Oft schafften sie die Waren aus Mexiko herbei. Bis heute bleibt die organisierte Kriminalität in den USA tief verwurzelt.

LITERATUR

- Inglis, L., 2018: *Milk of paradise – A history of opium*. London: Macmillan.
- Ghosh, A., 2008: *Das mohnrote Meer*. München: Blessing (Ibis-Trilogie I).
- Ghosh, A., 2012: *Der rauchblaue Fluss*. München: Blessing (Ibis-Trilogie II).
- Ghosh, A., 2016: *Die Flut des Feuers*. München: Blessing (Ibis-Trilogie III).
- Wainwright, T., 2016: *Narconomics – Ein Drogenkartell erfolgreich führen*. München: Blessing.

Heute gehören nur noch etwa 3000 Menschen der kleinsten Ethnie Pakistans, den Kalash, an.
Ihre Kultur ist im Begriff unterzugehen.

Seite 13



Foto: Martin Wright/Unair